Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen
Nr. 2 | Sommer 2015

25 Jahre ASF in Russland

Perspektiven auf ein Land und seine Menschen unter Druck

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

4-5 ASF-Kurznachrichten

ASF-Thema: 25 Jahre ASF in Russland
Perspektiven auf ein Land und seine Menschen unter Druck

6-8 Selbstisolation und Repression – Die Krim, der Krieg und das System Putin. Ein Debattenbeitrag von Manfred Sapper

9 Vor 25 Jahren, als alles anfing – Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Russland. Das Protokoll einer aufregenden Zeit

10 Ein Jahr später – Leben auf der Krim

11 Russland und die Europäische Rechte – Ein Bericht über eine ungewöhnliche Zusammenarbeit

12 Ich bin Optimistin – Yael Joffe ist die Vorsitzende des Jüdischen Gemeindezentrums in Wolgograd. Ein Interview über ihre Gemeinde und über Antisemitismus im Alltag

13 In Russland über den Holocaust sprechen – Ein Bericht über die Arbeit des „Holocaust Zentrums“ in Moskau

14-15 Fremd in Moskau – Über Rassismus und das Leben von Migranten im Vielvölkerstaat Russland

15-16 Perm 36 – Einst Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus, heute ein Gefängnismuseum. Eine Spurensuche

17 Russland war mir sehr nah von Ulrike Huhn

18 Im feindlichen Gegenüber einen Menschen sehen von Ruth Misselwitz

19 Kontakte verfestigen und nicht abbauen von Irina Scherbakowa

20-21 Ein Sommer in Russland – Über die Sommerlagerarbeit in Russland

22-23 Was wir mit Russland zu tun haben – Vier Freiwillige über ihre Begegnungen mit Russland

Andacht

24 Barmherzigkeit – Für eine verfemte Tugend

Aktiv mit ASF

25 Partei ergreifen für Menschenrechte – Stephan Reimers ist der neue Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

26 Europas Geschichte(n) und Europas Verantwortung – Berichte von der ASF-Jahresversammlung 2015

27 Wir sind Viele: Kampagnen, Gespräche und Begegnung – ASF auf dem Kirchentag 2015

Gutes tun

28 Spenden statt Geschenke

ASF-Weggefährten

29 Władysław Bartoszewski, geboren 1922

ASF vor Ort

30 Versöhnung mit Osteuropa – ASF-Studienreisen

31 Termine

Impressum:

Ausgabe: Nr. 2 Sommer 2015, 42. Jahrgang
Auflage: 10.000 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Karl Grünberg, Rebecca Görmann, Friederike Schmidt (verantw.)
Telefon: (030) 28395-184
Fax: (030) 28395-135
E-Mail: asf@asf-ev.de
Internet: www.asf-ev.de
Dank an: Ursel Müller

Bildnachweise:

Titelbild: Das Titelfoto und viele der Russland-Schwerpunktfotos wurden von Josua Rösing gemacht. Im Auftrag von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bereist er Russland und die Ukraine, um Fotos über das Land und die Arbeit der Projektpartner und ASF-Freiwilligen für eine Ausstellung zu erstellen. Das Titelfoto zeigt zwei Opfer des sowjetischen Repressionssystems, hier bei einem Ausflug organisiert von der Menschenrechtsorganisation Memorial in Perm.

Fotos im Heft: ASF-Archiv 3, 4, 5, 9,10, 16, 20, 25, 26, 27, 29, 34; Josua Rösing 6,7, 8, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 21; Zoia Kashafutdinova 22; Marius Boeltzig 22; Natalia Tkachenko 23; Laura Harms 23; Karl Grünberg 24; Peter Heinrich 28; Werner Falk 30;

Gestaltung: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation, flmh.de

Förderung: Der Freiwilligendienst von Marius Böltzig, Luise Lautenschläger, Lena Reger, Natalia Tkachenko und Zoia Kashafutdinova wurde gefördert durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Rahmen von IJFD, die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, das Programm Jugend in Aktion im Rahmen des Europäischen Freiwilligen Dienstes sowie die Evangelisch-lutherische Kirche in Norddeutschland.

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 31 137 00 - IBAN: DE68 1002 05000003 1137 00
BLZ: 100 205 00 - BIC: BFSWDE33BER

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Jugend in Aktion

EVZ Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft

Editorial

Sina Gasde (links) und Jutta Weduwen (rechts)

Als wir im Januar dieses Jahres unsere Projektpartner_innen in Russland besuchten, hörten wir, wie wichtig die Arbeit der jungen Freiwilligen und der Sommerlager sei – als Zeichen der Präsenz, des Interesses, aber auch der kritischen Auseinandersetzung mit diesem Land, den politischen Entwicklungen und seiner Geschichte.

Seit rund 25 Jahren engagieren sich unsere Langzeitfreiwilligen und Sommerlagerteilnehmenden in Russland. Sie betreuen Überlebende des Nationalsozialismus und Stalinismus sowie Menschen mit Behinderungen, arbeiten in der historischen und politischen Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit, sind in verschiedenen Gemeinden tätig und restaurieren Friedhöfe und Gedenkorte. Diese Jahre waren geprägt durch die sich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für zivilgesellschaftliches und soziales Engagement. Auch der historische Erinnerungsdiskurs um den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust und die stalinistischen Repressionen hat in dieser Zeit viel Bewegung erfahren.

Unausweichlich ist in der Diskussion um Russland natürlich der Blick gerichtet auf die Ukraine und den Krieg im Osten des Landes sowie auf die Menschen, die von heute auf morgen in einem anderen Land leben oder aus ihrer Heimat flüchten mussten. Eine frühere Projektpartnerin erzählt über das Leben auf der Krim und ihren Kampf um die ukrainische Staatsbürgerschaft.

Manfred Sapper analysiert in seinem Debattenbeitrag die Hintergründe und Ursachen des Krieges in der Ukraine und legt dabei seinen Fokus auf die innenpolitischen Bedingungen in Russland.

Die sehr polarisierend geführte mediale, politische und gesellschaftliche Debatte um die aktuellen Entwicklungen in Russland und in der Ukraine zeigt die Vielfalt, aber auch die Gegensätzlichkeit der herangezogenen Deutungsmuster. Diese Multiperspektivität auch in den eigenen Reihen ist uns wichtig. Einblicke in die vielen unterschiedlichen Stimmen und Einschätzungen gewähren in diesem *zeichen* die Freiwilligen aus Deutschland, Russland und der Ukraine, unsere Moskauer Projektpartnerin und Kuratorin Irina Scherbakowa, die ehemalige ASF-Vorsitzende Ruth Misselwitz sowie die Historikerin und ehemalige Russland-Freiwillige Ulrike Huhn.

Wir sehen unsere Rolle darin, unser Engagement in Russland sowie der Ukraine auch in schwierigen Zeiten nicht abbrechen zu lassen und unsere Projektpartner_innen weiter zu begleiten und Begegnungen zu ermöglichen. Ein Bewusstsein für die Komplexität der historischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen geht damit einher. So begegneten sich in unserem Sommerlager in Minsk junge Menschen aus Deutschland, der Ukraine, Russland und Belarus. Neben dem praktischen Tun setzten sie sich mit den Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements für eine friedliche Lösung des Krieges in der Ukraine auseinander.

Unser besonderes Augenmerk gilt der – teilweise schleichenden – Zunahme von Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie der Gefahr der Geschichtsvergessenheit und der vorschnellen Verurteilung der einen oder anderen Seite. Dies gilt für die gesamte Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Im Mittelpunkt unseres Auftritts beim Evangelischen Kirchentag in Stuttgart stand unser Engagement für eine Gesellschaft der Vielfalt und eine Willkommenskultur gegenüber Schutz suchenden Flüchtlingen. Dieses Engagement liegt auch unserem neuen Vorsitzenden Stephan Reimers besonders am Herzen, der seinen Bezug zur Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in diesem Heft vorstellt. Wir freuen uns auf seine Impulse.

Unsere Hoffnung liegt in den vielfältigen Initiativen, die sich für Demokratie, Dialog und Frieden einsetzen.

Wir danken Ihnen und Euch für die treue und aufmerksame Begleitung unserer Arbeit und wünschen einen schönen Herbst.

Herzlich, Eure und Ihre
Jutta Weduwen (Geschäftsführerin) und Sina Gasde (Referentin für Russland, Ukraine und Belarus)

ASF-Flashmob am Hackeschen Markt zum Tag der Befreiung

▶ **Richtigstellung:** Leider ist uns im letzten *zeichen* ein Fehler unterlaufen. In dem Artikel auf der Seite 16 „Menschen wie wir“ übersetzten wir aus der englischen Originalversion das Wort „lesbisch” statt „queer”. Es muss korrekt heißen: „Mein Körper weiß, dass ich JÜDIN, Pazifistin, JÜDIN, Feministin, JÜDIN, Ausländerin, queer und JÜDIN bin.“ Wir bitten die Autorin Hadar Braun um Entschuldigung.

Tag der **Befreiung**

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste organisierte am 8. Mai 2015 im Rahmen des Gedenkens an Kriegsende und Befreiung in Berlin einen Flashmob am Hackeschen Markt. Das ASF-Team spielte Ausschnitte aus zwei Reden vor: Zuerst war Richard von Weizsäcker mit seiner Rede „Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ zu hören. Danach wurden Teile des ASF-Gründungsaufrufes von Lothar Kreyssig aus dem Jahr 1958 vorgestellt.

Mit den beiden Reden stellten die Akteur_innen einen Bezug zur Vergangenheit und zum deutschen Gedenken an den Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 her. Kurze Ausschnitte aus Kreyssigs Rede waren thematisch passend den Auszügen aus Weizsäckers Rede von 1985 gegenübergestellt.

Währenddessen hielten die Beteiligten Plakate mit Zitaten von aktuellen Freiwilligen in die Höhe. Darauf stand: „Ich kann keine Verantwortung für die Vergangenheit übernehmen. Aber ich kann Verantwortung übernehmen für das, was in der Zukunft passiert“ oder „Die Aufgabe meiner Generation liegt darin, die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit wach zu halten und aufmerksam zu sein.“ Die Zitate sollen zeigen, warum es auch heute noch wichtig ist die Vergangenheit nicht zu vergessen.

Im Anschluss an den Flashmob gab es eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „70 Jahre Kriegsende – historische und politische Perspektiven“, die organisiert wurde in Kooperation mit dem „Program on Religion, Politics and Economics“, dem Institut Kirche und Judentum an der Humboldt-Universität zu Berlin und dem deutsch-jüdisch-amerikanischen Begegnungsprogramm Germany Close Up.

Video vom Flashmob: www.youtube.com/watch?v=tNJlsAZeWgM

Auf geht’s! Für den Freiwilligendienst begeistern

Wäre es nicht großartig, wenn Sie einem jungen Menschen von dem Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienst erzählen könnten? Dazu finden Sie in der Mitte dieses Heftes einen Flyer über unsere Angebote. Wir würden uns freuen, wenn Sie in Ihrem Umfeld, in der Familie, bei Kolleg_innen, in Ihrem Verein, im Freundeskreis oder Ihrer Kirchgemeinde auf die Möglichkeit unserer internationalen Freiwilligendienste aufmerksam machen könnten.

Bewerbungsschluss: 1. November 2015 (für einen Freiwilligendienst ab September 2016)

▶ Gerne senden wir Ihnen Flyer zu.
Email an: infobuero@asf-ev.de;
Anruf an: 030/28395-184

Run4Peace in New York City

Sechs Freiwillige, Mitarbeitende und Freund_innen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in den USA haben am 19. April gemeinsam an einem Zehnkilometerlauf in Brooklyn, New York, teilgenommen – zugunsten von ASF in den USA. Drei Läufer aus dem Team haben in ihrer Altersklasse den 1. und 2. Platz gewonnen! Auf Facebook und Twitter konnte das Event live mitverfolgt werden. Insgesamt wurden in Deutschland und den USA fast 1000 Dollar für die Aktion eingeworben.

Vielen Dank an alle Unterstützer_innen, die mit ihrer Spende ein Zeichen für Frieden und Verständigung gesetzt haben!

50 Jahre diplomatische Beziehungen

„Zivilgesellschaftliche Initiativen wie Aktion Sühnezeichen Friedensdienste waren Katalysatoren bei der Etablierung der deutsch-israelischen Beziehungen nach dem Holocaust“. Das sagte die amerikanische Historikerin Lily Gardner Feldman am 29. Juni 2015 auf dem Panel „50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“ in Washington.

Insgesamt sechs Diskussionsrunden organisierte ASF in den USA zusammen mit den diplomatischen Vertretungen Deutschlands und Israels vor Ort und anderen lokalen Partnern und mit Unterstützung des Deutschlandzentrums. „Germany and Israel – special relations made by people“ lautete der Titel dieser Veranstaltungsreihe. Dagmar Pruin, ASF-Geschäftsführerin, moderierte die Diskussionen, die in der Hauptstadt und in New York stattfanden.

ASF-Landeskoordinator in den USA Mark McGuigan (links) beim Panel zu „50 Jahre diplomatische Beziehung zwischen Israel und Deutschland“ in Chicago

Zahlreiche Alumni des ASF-Partnerprogramms „Germany Close Up“ waren unter den insgesamt 700 Gästen der Veranstaltungen in Chicago, Philadelphia, Boston, Washington, New York und Miami. So auch Hadas Cohen, die selbst Absolventin des Begegnungsprogramms ist und auf den Podiumsdiskussionen über die wachsende hebräischsprachige Diaspora in Berlin sprach. Diese trügen zur Wiederbelebung jüdischen Lebens in Deutschland bei, sagte Cohen. Derzeit schreibt sie ein Buch zu diesem Thema. Es sei anfänglich nicht immer leicht für Israelis, in Deutschland anzukommen, sagt sie. „Berlin ist ein lebendiges Museum des Holocausts“, beschreibt die junge Israelin ihre Erfahrung mit der deutschen Hauptstadt. Aber die Wahrnehmung, dass man sich in Deutschland mit dieser Geschichte intensiv auseinandersetze, helfe dem gegenseitigen Verständnis. ASF bedankt sich bei allen Partnern für die wunderbare Zusammenarbeit. Zahlreiche Medien berichteten über die Veranstaltungen.

Weitere Infos unter www.actionreconciliation.org

Stephan Reimers ist neuer ASF-Vorstandsvorsitzender

Die Mitglieder von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wählten am 26. April 2015 den evangelischen Theologen und Politiker Dr. Stephan Reimers in der Mitgliederversammlung in Potsdam zum Nachfolger von Dr. Elisabeth Raiser. Diese gab das Amt, wie vor einem Jahr bei ihrer Wiederwahl angekündigt, nach fünf Jahren ab.

Am 9. Juni 2015 fand mit einem Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche in Berlin-Neukölln die offizielle Einführung Reimers´ statt. Fast 100 Gäste versammelten sich zum feierlichen Abschied von Elisabeth Raiser sowie der offiziellen Einführung von Stephan Reimers durch Bischof Markus Dröge in Neukölln.

Stephan Reimers war nach seinem Theologie-Studium und Vikariat Direktor der Evangelischen Akademie Nordelbien. In seiner Funktion als Leiter des Diakonischen Werkes Hamburg initiierte er zahlreiche Projekte gegen Armut und Obdachlosigkeit. So gründete er beispielsweise 1993 die Obdachlosenzeitung „Hinz&Kunzt“. Auch initiierte er das Spendenparlament, bei dem Spender_innen über den Einsatz des Geldes mitbestimmen können.

Bis in die 1980er Jahre war Stephan Reimers in der Hamburger CDU aktiv, unter anderem als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Von 1976 bis 1980 war er CDU-Bundestagsabgeordneter. Als EKD-Bevollmächtigter war er von 1999 bis zum Ruhestand 2009 für Bundesregierung und Parlament ein wichtiger Ansprechpartner. Hier waren Migration und Flüchtlingsschutz zentrale Aufgaben seines Dienstes. Seit 2008 ist Reimers Verwaltungsratsvorsitzender der Hamburger Stadtmission.

Stephan Reimers (links), neuer ASF-Vorsitzender, bei seinem Einführungs-Gottesdienst

Die Fotos für den Russland-Thementeil kommen von Josua Rösing. Für das 25-jährige Jubiläum der ASF-Arbeit in Russland bereist er für mehrere Wochen das Land, besucht Freiwillige und Projektpartner und macht Fotos aus dem Alltag, aus der Arbeit und aus Russland für eine geplante Ausstellung. Ein Teil der Bilder können wir schon in diesem *zeichen* präsentieren. Josua Rösing war von 2004 bis 2005 selbst Freiwilliger in Russland. Wir danken ihm für sein Engagement.

Selbstisolation und Repression

Die Krim, der Krieg und das System Putin.

Ein Debattenbeitrag von Manfred Sapper

Russlands Annexion der Krim und der verdeckte Interventionskrieg im Osten der Ukraine haben eine enorme Zerstörungskraft entfaltet. Der Krieg hat etwa 10.000 Menschen das Leben gekostet, Hunderttausende sind verletzt und traumatisiert, zwei Millionen Menschen auf der Flucht. Allein in den umkämpften Gebieten Donezk und Lugansk, in denen Pseudostaaten von Moskaus Gnaden entstanden sind, belaufen sich die materiellen Schäden auf Hunderte Millionen Euro. Noch schwerer wiegen die immateriellen Kosten.

Der Frieden in Europa ist beschädigt, die Grundlagen der europäischen Sicherheit sind erschüttert. Denn die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) garantiert die territoriale Integrität von Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie die friedliche Regelung von Streitfällen. 1994 erklärte sich die Ukraine bereit, ihre von der Sowjetunion geerbten Atomwaffen abzugeben, um so der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen entgegenzuwirken sowie Sicherheit und Frieden zu stärken. Den Vertrauensvorschuss honorierte Russland, indem es mit den USA und Großbritannien die territoriale Integrität der Ukraine garantierte. Dieses Vertrauen ist nun zerstört. Wer will es da den Menschen im Baltikum und in Polen mit ihren Erinnerungen an Okkupation und Annexion verdenken, dass sie in Sorge um ihre Sicherheit sind?

Auf Völkerrechtsbruch und Krieg reagierten die EU und die USA mit Sanktionen gegen Russland – einem gewaltfreien Mittel, um den Willen und das Handeln der anderen Seite zu beeinflussen. Seitdem dreht sich die Spirale aus Drohung und Gegendrohung: Russland schickt strategische Kampfbomber mit Nuklearwaffen auf Patrouille. Die baltischen Staaten verlangen nach Sicherheitsgarantien, worauf die Nato dort Manöver abhält. Präsident Putin verkündet die Modernisierung des russischen strategischen Nuklearwaffenpotentials. Die USA verlagern vorübergehend Soldaten und Kriegsgerät nach Osteuropa. Das ist alles rein symbolische Politik, doch eine nicht ungefährliche. Die Rede von einem neuen Kalten Krieg in Europa macht die Runde. In Deutschland fordern die einen die Rückkehr zur Abschreckung und Eindämmung von Russland. Andere plädieren für Entspannung und reden einer neuen Ostpolitik das Wort. Beide Forderungen sind irreführend. Denn der Blick in die Vergangenheit verschleiert mehr, als er erhellt. Vor allem bleiben die Ursachen der Intervention Russlands in der Ukraine im Dunkeln.

Weder die Annexion der Krim noch die Entfesselung und Förderung des Krieges im Donbass sind von der innenpolitischen Entwicklung in Russland zu trennen. Seit Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“ ist bekannt, dass es einen Zusammenhang zwischen innenpolitischer Ordnung und außenpolitischem Ver-

Foto links: Alte Zeichen der Stärke. Eine der so genannten sieben „Stalinschwester“ in Moskau – in den 1950er Jahren erbaute Hochhäuser

Denkmal der Sowjetunion in Moskau, heute in den Nationalfarben Russlands

halten gibt. Nachdem Wladimir Putin Anfang 2000 Russlands Präsident geworden war, baute das Regime systematisch einen autoritären Staat auf. Zuerst schaltete es die zentralen Medien gleich, unterwarf sich den Rohstoffsektor, der nicht nur den Staatshaushalt finanziert, sondern auch die materiellen Bedürfnisse der korrupten Eliten befriedigt. Dann zerstörte es die Ansätze von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Föderalismus und beschnitt Schritt für Schritt die Spielräume der Gesellschaft. Als nach dem Interregnum von Dmitrij Medvedev und seiner simulierten Modernisierung im Winter 2011/2012 Hunderttausende Menschen gegen Wahlfälschung und Putins Rückkehr an die Staatsspitze demonstrierten, reagierte das Machtkartell, das vor allem aus Angehörigen der Geheimdienste und Militärs besteht, panisch. Mündige Bürger_innen, die Verantwortung, Transparenz und Partizipation fordern, passen nicht in das Weltbild dieser Machtelite.

Kaum war Putin im Mai 2012 wieder inthronisiert, begann eine Welle von Repressionen. Seitdem läuft eine aggressive Kampagne, in der Menschenrechtler_innen und NGOs, die zum Beispiel Projektgelder von westlichen Stiftungen erhalten, als „ausländische Agenten“ stigmatisiert, Angehörige sexueller Minderheiten diskriminiert und Oppositionelle als „Volksverräter“ gebrandmarkt werden. Gemeinsamer Nenner ist, dass sie von der Kreml-Propaganda als Repräsentant_innen „westlicher Werte“, des „Westens“ oder des „dekadenten Europa“ diffamiert werden. In nur drei Jahren hat das Putin-System drei Dutzend neuer Gesetze von der willfährigen Staatsduma verabschieden lassen sowie das Straf- und Justizrecht verschärft und so die Kontrolle über die Gesellschaft verstärkt, die Zensur der Medien vertieft und die politische Verfolgung von Andersdenkenden legalisiert.

In dieser Atmosphäre der negativen Mobilisierung musste Russlands Elite den Aufbruch in der Ukraine geradezu als existentielle Bedrohung wahrnehmen. Der Euromajdan war die größte gesellschaftliche Massenbewegung in Osteuropa seit der Solidarność. Die Demonstrant_innen wollten ein „Leben in Würde“ ohne Korruption und Willkür. Sie forderten Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltenteilung und projizierten all das auf „Europa“, das zur Chiffre für Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit wurde.

Russland verfolgte mit seiner Intervention in der Ukraine vier Ziele. Erstens wollte es dort den Aufbau eines demokratischen Verfassungsstaates verhindern, zweitens die Orientierung der Ukraine auf die EU torpedieren, drittens einer demokratischen Revolution im eigenen Land vorbeugen und viertens Russlands Status als Großmacht mit dem Anspruch auf eine besondere Einflusszone demonstrieren. Nicht die EU, nicht die Nato, nicht die USA waren für den Euromajdan, den Konflikt zwischen der Protestbewegung und dem Janukowitsch-Regime sowie für die Eskalation verantwortlich. Brüssel hatte seit 2004 das Interesse an einer neuen Osterweiterung der EU verloren, wegen der inneren Probleme und aus Sorge vor einer Überdehnung der Union. Die Nachbarschaftspolitik bis 2014 war nichts anderes als der schlecht kaschierte Versuch, die Nachbarn in Europas Osten draußen vor der Tür zu halten; die Erweiterung der Nato um die Ukraine und Georgien war im August 2008, nach dem Kaukasuskrieg zwischen Georgien und Russland, auf Betreiben von Kanzlerin Angela Merkel explizit ausgeschlossen worden; und die USA haben unter Barack Obama Russland und Osteuropa – fälschlicherweise! – zu einer zu vernachlässigenden Größe herabgestuft und ihr strategisches Augenmerk auf den Nahen Osten und den Aufstieg Chinas gelegt. Soweit zum internationalen Stand der Dinge!

In Russland haben die Krim-Annexion und der Krieg eine weitere Radikalisierung des Putinismus befördert. Während Putin im ersten Jahrzehnt seiner Herrschaft breite gesellschaftliche Unterstützung durch wachsenden Wohlstand erzielte, wozu ihn dank hoher Ölpreise die sprudelnden Einnahmen befähigten, ist diese Legitimitätsressource weitgehend versiegt. Seit 2012 regiert das System Putin im Modus des Ausnahmezustands. Es gewinnt Gefolgschaft durch die Erzeugung von periodischen Krisen, inneren und äußeren Spannungen, durch die Darstellung Russlands als belagerte Festung im Abwehrkampf gegen „den Westen“, „gegen die USA und ihre Satelliten in der EU“, „gegen die Faschisten auf dem Majdan“ sowie durch die Inszenierung Putins als Kriegsherr. Exorbitante Zustimmungsraten von bis zu 86 Prozent zu Putin vermitteln das Bild großer Geschlossenheit. Doch diese Unterstützung ist keine spontane Reaktion der Gesellschaft. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer gezielten, sehr effizienten Propaganda des Kreml und der umfassenden Kontrolle über die Massenmedien, die das mächtigste Manipulationsinstrument der öffentlichen Meinung geworden sind. Dazu kommen der Druck der Geheimdienste auf alle Verwaltungsstrukturen und die abhängige Rechtsprechung. Das hat die Mehrheit der Bevölkerung zu einer passiven, gehorsamen Masse gemacht.

Ehemalige Verfolgte des Gulags-Systems in Perm bei einem Ausflug organisiert von der Menschenrechtsorganisation Memorial

Jüngst fällte der Meinungsforscher Lev Gudkow, Direktor des renommierten Lewada-Zentrums, das nur deshalb nicht zerschlagen ist, weil die veröffentlichten Daten dem Putin-System weltweit dienen, um seine Popularität zu dokumentieren, ein beklemmendes Urteil: „Das Regime nimmt immer stärker nazistische Züge an, Züge eines russischen Nazismus."

Die Fakten sind nicht zu ignorieren: Putins Herrschaft gründet immer stärker auf einem institutionalisierten Führerkult. Daher auch die positive Bewertung Stalins. Die Propaganda beschwört die organische, geradezu sakrale Einheit von Führung und Volk. In der eigentümlichen, nicht widerspruchsfreien ideologischen Gemengelage von heute steht das eurasische Denken, das auf eine scharfe Abgrenzung Russlands vom Westen dringt, neben der religiösen Überzeugung der Russisch-Orthodoxen Kirche, Bewahrerin des eigentlichen Glaubens und Bastion gegen den westlichen Individualismus zu sein, neben großrussischem Ethnonationalismus. Dieser Nationalismus geht von der Idee aus, dass Russland kein Vielvölkerreich ist, sondern Russland das Land der Russen und die russische Nation über verschiedene Länder geteilt sei. Der „russkij mir", die russische Welt, sei größer als Russland. Kein Zufall, dass Putins feierliche Ansprache vom 18. März 2014 zur Aufnahme der Krim in Russland diesen völkischen, revisionistischen Grundton trug. Angesichts dieser politischen Großwetterlage erstaunt es nicht, dass die Systempartei Rodina im März 2015 eine Internationale von Rechtsradikalen und Rechtsextremisten in Petersburg hofierte oder Frankreichs Front National Millionenkredite aus Moskau erhält.

Der Preis von der Krim-Annexion bis zum radikalisierten Putinismus ist eine fundamentale Selbstisolierung Russlands. Wenn es einen Grund gibt, auf den Kalten Krieg zurückzublicken, dann nur den, um sich daran zu erinnern, was die Ursache für den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Überwindung des Ost-West-Konflikts war. Die Ursache war nicht die Ostpolitik, nicht der Rüstungswettlauf, nicht Johannes Pauls II. Wirken oder der Kampf der Mudschaheddin in Afghanistan. Die UdSSR brach primär wegen der strukturellen Modernisierungsunfähigkeit der Ökonomie und wegen des gravierenden Legitimitätsverlusts des politischen Systems zusammen.

Vorübergehend konnte das kommunistische Regime Folgebereitschaft durch Repression erzwingen. Aber Gewalt und Repression schaffen auf Dauer keine Legitimität. Es waren Teile der Elite und ein Großteil der Bevölkerung, die nicht mehr an das sowjetische System glaubten. Deshalb fiel es so sang- und klanglos in sich zusammen.

Putin und sein System haben Russland in eine ähnliche Lage manövriert. Nicht einmal die autoritären Brüder im Geiste in Belarus und Kasachstan unterstützen Putins Politik. Sie verstehen das revisionistische Denken als potentielle Bedrohung. Wirtschaftlich wird die Putin-Periode als eine weitere verpasste Chance gelten, die Volkswirtschaft zu modernisieren, zu diversifizieren und aus der Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu befreien. Das rächt sich nun in einer Phase niedriger Ölpreise. Die erfolgreichen Sanktionen tun ein Übriges, um den wirtschaftliche Handlungsspielraum einzuengen. Gegenüber der eigenen Gesellschaft verschärft das Regime die Repressionen. Dies ist kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche. Autoritäre Regime sind instabiler, als es die Machthaber wahrhaben wollen. Die Agonie des Systems Putin hat begonnen.

Dr. Manfred Sapper,
Chefredakteur des Magazins Osteuropa,
www.zeitschrift-osteuropa.de

ASF-Freiwillige in Russland aus verschiedenen Jahrgängen

Vor 25 Jahren, als alles anfing

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Russland. Das Protokoll einer aufregenden Zeit

Es brauchte einen jahrzehntelangen Vorlauf, bis Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Jahr 1990 erstmals Freiwillige nach Russland entsenden konnte. Damals lag die Sowjetunion in ihren letzten Zügen, die Berliner Mauer war bereits Geschichte und endlich eröffneten sich Perspektiven für Langzeitaufenthalte ausländischer Freiwilliger. Begegnungsreisen nach Leningrad, Wolgograd oder auch Kiew und Minsk hatten früher durchaus stattgefunden. So konnte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf Einladung des Komsomol, der Jugendorganisation der KPdSU, im Sommer 1963 mehrere „Pioniere“ einer frisch ins Leben gerufenen sowjetisch-deutschen Freundschaft zur Teilnahme an einem Arbeitslager – so der damalige Wortgebrauch – in einer Kolchose entsenden. Dies war die direkte Folge eines Zusammentreffens von Franz von Hammerstein und Erich Müller-Gangloff mit Nikita Chruschtschow im Januar desselben Jahres in Ost-Berlin.

Erste Kontakte zur Organisation Memorial, die sich um historische Aufklärung und die sozialen Belange ihrer unter Stalin und bis weit in die 1980er Jahre hinein staatlich repressierten Mitglieder bemüht, brachten viele Gemeinsamkeiten mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zutage. Der Grundstein für eine bis heute andauernde enge Zusammenarbeit war schnell gelegt. Doch begannen die ersten Freiwilligeneinsätze nicht bei Memorial, sondern in einem Krankenhaus für Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges. Im Übrigen gilt dies auch für die Anfänge der Sommerlager-Arbeit. 1991 konnten in Leningrad und Samara erstmals Sommerlager abgehalten werden, gleich mehrere Jahre in Folge. Danach folgte Orenburg. Deutsche, polnische und tschechische Freiwillige leisteten praktische Unterstützung, die gelegentlich bis hin zu medizinischen Dienstleistungen reichte. Heute ist das kaum mehr vorstellbar.

Vieles hat sich seither verändert, doch ähnelt so mancher Bericht aus der Zeit dem, was heutige Freiwillige über ihre Erlebnisse mitteilen. Positive Erfahrungen mischen sich mit Kritik an nicht unbedingt idealen Arbeitsbedingungen. Ein Freiwilligendienst in Russland – ob über einen langen Zeitraum oder nur zwei Wochen – verlangt jedem einiges ab. Vielleicht sind mit der Zeit aber auch die Ansprüche an die Rahmenbedingungen gestiegen. Bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist dem im Hinblick auf die Freiwilligenbegleitung definitiv so.

1999 eröffnete das Landesbüro in Moskau. Zu den bisherigen Partner_innen kamen neue hinzu, andere fielen über kurz oder lang weg. Moskau und Sankt Petersburg, ab 2000 Wolgograd, 2004 Perm und von 2007 bis 2014 Voronezh waren und sind stabile Standorte für Freiwillige, in Nowgorod und Klin blieb es bei kurzen Gastspielen.

Der wohl dunkelste Moment in der Geschichte der Russlandarbeit war im Jahr 2004. Vera Lipij, eine junge Teilnehmerin des Sommerlagers in Perm, kam bei einem Verkehrsunfall ums Leben, den ein anderer Teilnehmer verursacht hatte. Ein Schock für alle Beteiligten.

Anfangs erregte das Dasein deutscher Freiwilliger Neugier, zumal Ausländer_innen in der Provinz nicht häufig anzutreffen waren. Insbesondere Zivildienstleistende übten eine Art Vorbildfunktion aus und sorgten bei russischen Medien für reges Interesse. Zivildienst gibt es in Russland längst, ehrenamtliches Engagement findet sich in praktisch jeder Organisation und so kam irgendwann eine gewisse Routine auf. Aber gerade in der langjährigen Kontinuität der Freiwilligenarbeit liegt eine besondere Qualität, welche die Partner_innen sehr schätzen. So entstanden enge Vertrauensbeziehungen, von denen alle Seiten profitieren. Neben der tatkräftigen Unterstützung der Partnerorganisationen durch ausländische Freiwillige erhält deren Präsenz auch eine symbolische Bedeutung. Die internationale Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen ist zunehmend neuen Hürden ausgesetzt, die sowohl den bürokratischen Aufwand, als auch die Kosten für Freiwilligendienste in Russland in die Höhe treiben. So manche Entsendeorganisation sieht sich dazu gezwungen, ihr Engagement in Russland einzustellen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste denkt aber auch nach 25 Jahren nicht ans Aufhören.

Ute Weinmann, Journalistin, ASF-Landesbeauftragte in Russland, war selbst eine der ersten Freiwilligen in Russland.

Ein Jahr später auf der Krim

Angelina berichtet, wie das Leben im zweiten Jahr nach der Annexion auf der Krim aussieht. Früher war sie dort Freiwilligen-Koordinatorin eines ASF-Projektpartners. Zu ihrem Schutz nennen wir an dieser Stelle nur ihren Vornamen

Wie haben Sie die Annexion der Krim erlebt?
Es war ein sonniger, friedlicher Tag, doch von einem Moment auf den anderen standen bewaffnete Einheiten auf den Straßen. Sie haben die Regierungsgebäude besetzt und die Kasernen der ukrainischen Armee umstellt. Sie trugen neutrale Uniformen ohne Hoheitsabzeichen.

Wie ging es Ihnen in den Monaten danach?
Ich war am Boden zerstört, denn ich fühlte mich hilflos. Ein anderes Land hat die Krim, das Gebiet in dem ich lebe, einfach übernommen. Mit dem anschließenden Referendum, das diesen Akt legitimieren sollte, haben sie dann so getan, als ob die Übernahme der Wille des Volkes gewesen wäre. Doch ich nenne es Manipulation, denn es war die Inszenierung eines Theaterstücks. Die Masse wurde gelockt, agitiert und dazu gebracht, etwas zu tun, was sie nicht versteht.

Was hat sich für Sie persönlich verändert?
Ich habe Lehren in Demut und Bescheidenheit erhalten. Ich habe akzeptiert, dass Menschen nicht perfekt sind und dass sie sich täuschen lassen. Dass es die Masse ist, die scheinbar bestimmt und dass es Situationen gibt, in denen du als Einzelner nutzlos bist und nichts machen kannst.

Was meinen Sie damit?
Es gibt keine Diskussion. Lasse ich eine Bemerkung fallen oder stelle ich eine Frage, die auf eine pro-ukrainische Einstellung schließen lässt, werde ich angeschrien: Wie dumm ich sei, dass ich keine Ahnung hätte. Ich werde regelrecht verbal attackiert.

Als noch alles anders war. ASF organisierte Sommerlager auf der Krim. Hier: Wohnungen renovieren bei einer ehemaligen NS-Zwangsarbeiterin.

Dennoch sind Sie noch vor Ort.
Natürlich könnte ich die Krim verlassen. Aber ich lebe hier mit meiner Familie seit 30 Jahren. Außerdem würde ich mich damit einfach der Lage entziehen und ihr nicht begegnen.

Wie lebt es sich heute auf der Krim?
Ich arbeite für eine NGO, die vor der Annexion auf der Krim registriert war. Es ist eine internationale Organisation, die mit internationalem Geld versucht, einen Dialog, Versöhnung und die Entwicklung kritischen Denkens zu fördern. Also genau jene Art von Organisation, die von Russland als „ausländischer Agent“ eingestuft werden würde. Weil unsere Aktivitäten von den lokalen Autoritäten nicht erwünscht waren, ist die NGO in die Ukraine umgezogen. Ich muss also pendeln, was sehr kompliziert ist.

Viele auf der Krim haben die russische Staatsbürgerschaft angenommen. Sie wollen zum starken Russland gehören, das sie, so glauben sie, beschützt. Ich nicht, deswegen bin ich eine Art Ausländerin im eigenen Land. Ein Jahr und große Anstrengungen hat es mich gekostet, bis ich eine Aufenthaltserlaubnis für mein eigenes Zuhause bekommen habe.

Warum werden Sie nicht einfach russisch?
Meine Nationalität ist schon russisch. Meine Familie kommt ursprünglich aus Sankt Petersburg. Meine Staatsbürgerschaft ist aber ukrainisch, weil wir hierher gezogen sind. Nun ist Russland zu mir gezogen, ohne mich gefragt zu haben. Es geht mir ums Prinzip.

Wie ist die soziale und wirtschaftliche Situation?
Die Preise von Essen, Wohnen, Dienstleistungen sind stark nach oben gegangen. Die Renten und Gehälter wurden zwar auch erhöht, aber zu wenig im Vergleich zu den Preisen. Die Pension meiner Mutter wurde verdoppelt. Das Gehalt meiner Schwester wurde auch verdoppelt, dann wieder um die Hälfte gekürzt. Meine Mutter und Schwester waren begeistert, als die Krim russisch wurde. Doch sie leben nun schlechter als vorher. Die Armut ist näher an sie rangerückt.

Ist es gefährlich für Sie?
Ich tue nichts gegen das Gesetz, aber ich pendle oft in die Ukraine und stelle zu viele Fragen – darin liegt eine Gefahr. Insgesamt bin ich vorsichtiger geworden, poste nichts Relevantes auf Facebook oder sage es in der Öffentlichkeit. Noch gefährlicher ist es, ein aktiver NGO-Mitarbeitender auf der Krim zu sein. Sie verschwinden oder werden zu Verhören geladen.

Das Gespräch führte **Karl Grünberg**.

Auf dieser Brücke wurde am 27. Februar 2015 der Regierungskritiker Boris Nemzov erschossen, im Hintergrund ist der Kreml zusehen.

Russland und die Europäische Rechte

Warum Russland mit europäischen Rechten zusammenarbeitet. Ein Beitrag von Ute Weinmann

Krim-Annexion durch Russland und bewaffnete Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine, die veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen begünstigen rechtslastige Bündnisse in ganz neuen Konstellationen. In Deutschland manifestierte sich dies insbesondere im sogenannten „Friedenswinter“, ein Schnittpunkt zwischen der traditionellen Friedensbewegung und diverser rechter Strukturen. Zur gemeinsamen Agenda zählen ein krudes Antifaschismus-Verständnis und ein weit verbreiteter Antiamerikanismus. Dass sich der einstige Vordenker einer neuen Ostpolitik, der Sozialdemokrat Egon Bahr, im November 2014 in Berlin als Redner und Ehrengast in eine Konferenz der rechten Zeitschrift COMPACT unter dem Motto „Frieden mit Russland“ einbinden ließ, ist somit kaum verwunderlich. Dort sprach auch Wladimir Jakunin, Chef der russischen Eisenbahn und enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Verbindungen russischer Führungskreise zur europäischen Rechten sind kein neues Phänomen. Aber erst seit dem Erscheinen von Vertreter_innen europäischer ultranationalistischer und faschistischer Parteien als Wahlbeobachter_innen auf der Krim im vergangenen Jahr scheint dieser Umstand im Bewusstsein einer etwas breiteren Öffentlichkeit angekommen zu sein. Tatsächlich haben die Entwicklungen auf der Krim und im Donbass das russische Politestablishment darin bestärkt, die Nähe zu Parteistrukturen der europäischen extremen Rechten zu suchen. Das führte Ende März 2014 in Sankt Petersburg dazu, dass unter Jakunins Ägide über den Kampf gegen den Neofaschismus gemeinsam mit exponierten Figuren der europäischen Rechten wie dem polnischen Antisemiten Mateusz Pikorski diskutiert wurde.

Ein Jahr später bot sich Sankt Petersburg wieder für ein Treffen mit europäischer Beteiligung an. Den Veranstaltern des „Internationalen russischen konservativen Forums“ von der kremlnahen rechtsextremen Partei Rodina (Heimat) schwebte vor, eine Art Netzwerk zur besseren Koordinierung nationalkonservativer Kräfte ins Leben zu rufen. Das Kalkül dahinter geht über das Zelebrieren gemeinsamer traditioneller Werte weit hinaus. Letztlich geht es der russischen Seite darum, über befreundete Strukturen Druck auf Regierungen innerhalb der Europäischen Union hinsichtlich für Russland relevanter Entscheidungen auszuüben. Ein pragmatisches und vielversprechendes Konzept, das sich bestehende ideologische Gemeinsamkeiten zunutze macht, gleichzeitig jedoch nicht zwingend daran gebunden ist. Dessen praktische Umsetzung beinhaltet einen Millionen-Kredit durch eine russische Bank zur Wahlkampffinanzierung für den rechtspopulistischen französischen Front National.

Russische Politiker ersten Ranges wägen durchaus ab, ob ihre Präsenz bei derartigen Veranstaltungen angemessen erscheint. Aleksej Zhurawljow, Vorsitzender der Partei Rodina und gleichzeitig Fraktionsmitglied der Partei Einiges Russland in der Duma, hatte seine Teilnahme an dem Petersburger Forum zwar angekündigt, blieb ihm jedoch fern. Dafür fanden sich allerlei Vertreter der russischen rechten Polit-Prominenz ein. Allerdings nur jene, die sich vom Kiewer Maidan distanzierten und sich solidarisch mit den abtrünnigen „Volksrepubliken“ im ukrainischen Donbass erklären. Der Austausch mit ihren Gesinnungsgenossen von der deutschen NPD, der italienischen Forza Nuova, aus Großbritannien, Griechenland, Bulgarien und den USA wurde allerdings durch die Nachricht über einen am Tagungsort vermeintlich platzierten Sprengsatz abrupt unterbrochen.

Immunität gegen rechtes Gedankengut gibt es nicht, das gilt auch für Russland und andere sowjetische Nachfolgestaaten, die seinerzeit den Sieg über NS-Deutschland davon getragen haben. Um rechte Allianzen auf nationaler und internationaler Ebene zu entlarven und sich gegen sie zur Wehr zu setzen, braucht es zuallererst eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem eigenen Faschismusbegriff und den Prozessen, die der extremen Rechten europaweit neuen Aufwind verschaffen. Historische Zuschreibungen können dafür von Nutzen sein, sie können aber auch das Auge trüben und zu eingangs beschriebenen Konstellationen führen.

Ute Weinmann, Journalistin, ASF-Landesbeauftragte in Russland.

Ich bin Optimistin

Yael Joffe ist die Vorsitzende des jüdischen Gemeindezentrums in Wolgograd. Mit der Freiwilligen Luise Lautenschläger spricht sie über ihre Gemeinde und über **Antisemitismus.**

Die Freiwillige Luise zusammen mit Yael Joffe

***zeichen*: Wann übernahmen Sie mit Ihrem Mann die jüdische Gemeinde in Wolgograd?**

Yael Joffe: Im Mai 1999. Wir kamen aus Nischni Nowgorod, wo mein Mann Salmon als Rabbiner tätig war. Danach wurde unsere Familie vom Oberrabbiner Russlands nach Wolgograd geschickt.

Wie sah die Situation der Gemeinde damals aus?

Die heutigen Wolgograder Juden sind die Nachkommen damaliger junger Kommunisten, die sich hier niederließen, um die durch den Krieg zerstörte Stadt wieder aufzubauen. Das alte jüdische Leben gab es nicht mehr, womit auch die Tradition der Nächstenliebe und der gegenseitigen Unterstützung verloren ging. Über die Jahre wurde der Rest des religiösen Lebens durch die Mitglieder einer Familie aufrechterhalten. Man traf sich einmal im Monat zum gemeinsamen Gebet in einer Wohnung.

Was hat sich seitdem verändert?

Eine Menge. Heute haben wir hier eine strukturierte und offiziell registrierte jüdische Gemeinde. Die Menschen können nun ein Leben nach jüdischen Regeln führen und alle Etappen der jüdischen Sozialisation durchlaufen. Ein paar Beispiele: 2000 wurde die jüdische Schule „Ow Awner“ eröffnet. Seit 2001 geben wir eine eigene Zeitung heraus. 2002 wurde der Kindergarten der Gemeinde eröffnet. 2004 bekam die Gemeinde ein zweites Areal auf dem kommunalen Friedhof. Wir haben nun zwei Chöre und ein Ensemble. Seit 2011 ist das jüdische Zentrum mit einer eigenen Mikwe, dem zeremoniellen Bad, ausgestattet. 2008 wurde ein weiteres Gebäude renoviert, in dem sich heute ein koscheres Schlachthaus und ein kleiner Laden für religiöse Utensilien befinden. Es gibt Bildungs- und Freizeitprogramme für Kinder, Jugendliche und Familien.

Darüber hinaus sind wir in der Stadt gut vernetzt, zum Beispiel mit Gemeinden anderer Konfessionen und NGOs. So können wir eine dynamische Entwicklung und einen konstruktiven Dialog sicherstellen.

Was können Sie über den Antisemitismus in Wolgograd sagen?

Im Alltag gibt es Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Das beginnt mit politischen Parolen, häufiger aber mit alltäglichen Konflikten. Doch dieses Alltagsniveau darf man nicht unterschätzen. Aus einem Funken kann eine Flamme werden.

Diese Spannungen in der Gesellschaft gab es schon immer. Auch in der Thora steht geschrieben: „Esau hasst Jakob“. Aber in letzter Zeit kommen verstärkende Faktoren hinzu. Wenn es den Menschen schlecht geht, suchen sie automatisch nach Schuldigen.

Nur wenige Gemeindemitglieder erzählen, wenn ihnen etwas passiert ist. Aber von ein paar Fällen weiß ich. Ein Teenager wurde auf der Straße von einem anderen Jungen zusammengeschlagen und wollte Anzeige bei der Polizei erstatten. Da wurde ihm erklärt, dass er seinen Pass nicht wiedersehen wird, wenn er seine Anzeige nicht zurückziehe. Der Pass war gerade beim Migrationsdienst, da er nach Israel gehen wollte. Vor allem aber müssen wir mit Graffitis, Beleidigungen oder der Entweihung von Gedenksteinen umgehen.

Wie reagieren Sie?

Ich bin Optimistin. Wenn man auf Veränderungen wartet, lebt man in Angst. Dennoch muss man dagegen wirken. Auf den Straßen hört man „nur“ ab und zu eine Beleidigung. Das ist unschön, aber wenigstens versucht keiner, mich zu töten. Diesen Status gilt es beizubehalten. Dafür aber sollten alle mitziehen: die Stadtverwaltung, Strafverfolgungsbehörden und Unternehmen.

Wie reagiert der Staat?

Zumindest gibt es in Wolgograd Vorschriften, solche Vorfälle zu registrieren. Grundsätzlich gibt es keinen strukturellen Antisemitismus von staatlicher Seite aus. Aber es gibt persönliche Vorurteile und Abneigungen vieler Politiker auch in höheren Ämtern, die teilweise offen zur Schau getragen werden. Der Ex-Bürgermeister Grebennikov hat sich vor zehn Jahren sehr antisemitisch geäußert. Als Bürgermeister von Wolgograd unterstützte er dann unsere Synagoge bei einem Konflikt mit unseren Nachbar_innen. Dass Leute innerlich wachsen und lernen, dass sie sich ändern können, ist ermutigend.

Luise Lautenschläger, Jahrgang 1995, Freiwillige in Wolgograd, zwei wei Tage arbeitet sie in der Jüdischen Gemeinde und drei Tage in der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde Sarepta.

In Russland über den Holocaust sprechen

Das Holocaust-Zentrum in Moskau ist langjähriger und wichtiger Projektpartner von ASF. Ein Beitrag von Kiril Feferman über die Arbeit des Zentrums und wie in Russland über den Holocaust unterrichtet wird.

Es ist eine Herausforderung, heute über den Holocaust in Russland zu unterrichten. Zwar trägt ein Teil der Bevölkerung noch ein anti-nationalsozialistisches Vermächtnis und ist bereit, etwas über den Holocaust zu erfahren. Doch in der post-sowjetischen Zeit sind die Anhänger neuer politischer Strömungen reserviert oder feindselig gegenüber einer Vermittlung des Holocaust geworden. Zu nennen wären russische Nationalisten, die Rückkehr der Orthodoxie, das Wiederaufleben kleinerer ethnischer Gruppen. Die meisten von ihnen negieren den Holocaust nicht, vermengen ihn aber als kleine Tragödie unter den vielen anderen der sowjetischen Völker.

Die russische Regierung befürwortet den Unterricht über den Holocaust und unterstützt das Russische Holocaust Zentrum, weil es die interethnische und interreligiöse Stabilität in Russland aufrechterhalten möchte.

Das Russische Holocaust Zentrum wurde 1992 in Moskau gegründet. Es ist bisher die einzige Nichtregierungsorganisation in Russland, die zum Leben von Juden in der Sowjetunion, deren Vernichtung durch die deutsche Armee und dem Wirken der Juden in der Roten Armee während des Zweiten Weltkrieges forscht. Seit 1995 führt Ilya Altman das Zentrum. Er ist Historiker und Professor an der Russischen Universität für Gesellschaftswissenschaften in Moskau. Seit 1998 wird er von Alla Gerber unterstützt. Sie ist eine Journalistin, Menschenrechtsaktivistin und ehemaliges Mitglied des russischen Parlaments.

Über den Holocaust zu lehren und zu forschen, ist die wichtigste Aufgabe des Zentrums. Dabei arbeitet es mit Schülern, Studenten und Lehrern, den Lehrern der Lehrer, Aktivisten und jüdischen Gemeinden zusammen. Dazu hat das Zentrum Lehrbücher herausgebracht, die den Lehrer helfen sollen, den Holocaust zu vermitteln. Es sind die ersten Bücher dieser Art in Russland.

Doch Russland ist groß und die Ressourcen des Zentrums knapp. Es gibt Seminare in verschiedenen Regionen des Landes. Einmal im Jahr werden dann die besten Teilnehmer zu einer Sommerakademie eingeladen. Weiterführend können sie an Seminaren in den Holocaustzentren weltweit teilnehmen, in Yad Vashem in Jerusalem, in Paris und im Haus der Wannseekonferenz in Berlin.

Viele der Völker, die auf dem Gebiet der Russischen Föderation leben, haben in den letzten 100 Jahren tragische Erfahrungen gemacht, der Erste Weltkrieg, der Bürgerkrieg, der Zweite Weltkrieg, Stalins Terror. Es liegt nahe, dass diese Menschen für die Geschichte des Holocaust und die Lehren daraus eher erreicht werden, wenn auch ihre spezielle Trauer und Tragödie angesprochen wird.

Im Holocaust-Zentrum in Moskau – der Archivar zeigt Bilder und Fundstücke

Die ersten zögerlichen Schritte in diese Richtung wurden vor zehn Jahren gemacht, als das Zentrum versuchte, Studenten der nördlichen Kaukasus-Region anzusprechen. Die Völker aus diesen Regionen waren unter Stalin gewaltvoll deportiert worden, viele starben. Diese Deportationen beruhten auf ethnischen Kriterien, ebenso wie der Holocaust. Das Zentrum versuchte eine Begegnung und damit Empathie und Interesse zwischen diesen beiden Schicksalen herzustellen. Vorher war der Holocaust für die Studenten ein fremdes Thema, das nur die Juden betraf. Doch das Ergebnis unserer Seminare war ermutigend und die Studenten interessierter als vorher. Ähnlich ging das Zentrum auf die armenische Gemeinschaft in Russland zu. Der Genozid an den Armeniern war die Brücke zu einem erfolgreichen Austausch.

Kiril Feferman, PhD in Jüdischer Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, ehemaliger Leiter der Bildung- und Forschungsabteilung des Russischen Holocaust Zentrums, heute Lehrbeauftragter an der Staatlichen Russischen Universität in Moskau.

Fremd in Moskau

Über Rassismus und das Leben von Migrant_innen im Vielvölkerstaat Russland

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben häufig tödliche Konsequenzen. 28 Menschen verloren im vergangenen Jahr in Russland ihr Leben infolge politisch motivierter Gewalttaten. Die meisten davon wurden Opfer rassistischer Übergriffe. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte die Welle rassistischer Gewalt jedoch im Jahr 2008: 116 Tote und Hunderte von Menschen, die mit Verletzungen und der bitteren Gewissheit davonkamen, womöglich erneut ins Visier brutaler Gewalttäter zu geraten. Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Welche Einzelschicksale hinter diesen Zahlen stehen, lässt sich nur erahnen, denn trotz der hohen Opferzahlen gibt es kaum Anlaufstellen für Betroffene rassistischer Gewalt.

Eine der wenigen ist das „Civic Assistance Committee“ in Moskau, das vor mittlerweile 25 Jahren begann, sich um die Belange von Flüchtlingen zu kümmern. Seit 2011 existiert dort auch eine Beratungsstelle für Opfer rassistischer Gewalt. Viele Betroffene scheuen sich davor, jenseits ihres Bekanntenkreises um Unterstützung zu bitten. Sei es nur, weil sie sich davon nichts versprechen oder weil sie ohnehin – gerade wenn es sich um Flüchtlinge und Migrant_innen handelt – mit dem harten russischen Alltag genug zu kämpfen haben. Dennoch konnte das „Civic Assistance“ bereits in etlichen Fällen Unterstützung leisten.

Über Jahre hinweg taten sich russische Medien mit regelrechten Hetzkampagnen hervor, die sich insbesondere gegen Migrant_innen aus den zentralasiatischen Republiken richteten. Seit Beginn der Ukraine-Krise haben sich die Akzente stark verschoben, Migrant_innen stehen seither nur selten im Focus. An der weit verbreiteten rassistischen Grundeinstellung in der Bevölkerung hat sich jedoch nichts verändert.

Ute Weinmann, Journalistin, ASF-Landesbeauftragte in Russland.

Die Freiwillige Lena Reger über die Begegnung mit einem Nigerianer, der sich Tag für Tag dem Überlebenskampf in Moskau stellt

Auf meinen Wegen durch Moskau begegne ich vielen Menschen. Die Gesichter verschwimmen, Moskau ist keine Stadt, in der man sich anlächelt. Manche jedoch treffe ich fast jeden Tag, den Postbeamten etwa, die Frau im Kiosk gleich neben der Arbeit, die Kolleginnen. Mit den meisten dieser Menschen habe ich zumindest kurz geredet. Seit einem halben Jahr sehe ich auch einen kleinen Mann, immer in der gleichen dünnen Jacke, Mütze, einem gestreiften Schal. Er steht an meiner Metrostation, gibt mir einen Flyer, Werbung für einen Friseursalon, manchmal sagt er „Hallo“, auf Englisch.

Es gibt hier viele Menschen wie ihn, die auf der Straße stehen, Werbung verteilen – ganz egal, wie kalt es im Winter wird. Ich frage mich, woher sie kommen, warum nach Russland, nach Moskau? Wie mochte ihr Leben aussehen?

Ich entschließe mich, ihn anzusprechen, lade ihn zum Teetrinken ein. Er freut sich, dass ich Englisch spreche, wir ärgern uns über den Winter und er erzählt mir über sein Leben.

Das ist sie, seine Geschichte: „Ich komme aus Nigeria, wo meine Familie

lebt. Ich habe bis 2009 bei einer Bank gearbeitet, dann habe ich meinen Job verloren. Die Finanzkrise hat auch in Nigeria die Lebensbedingungen verschlechtert. Es war für mich unmöglich eine neue Arbeit zu finden, von der ich leben könnte. Das war eine wirklich sehr harte Zeit für meine ganze Familie. Ich wollte dann in einem anderen Land nach Arbeit suchen.

In Nigeria ist es relativ leicht, ein Touristenvisum für Russland zu bekommen, deshalb bin ich 2013 hierher gekommen. Als das Visum nach einer Woche ablief, bin ich hier geblieben, bis heute. Am Anfang kannte ich niemanden und saß zwei Tage in einem Internetcafé herum. Dann habe ich über entfernte Bekannte eine Wohnung gefunden.

Jetzt wohne ich in der Region Moskau, 20 Minuten mit dem Bus von der letzten Metrostation entfernt. Drei Zimmer, in denen zwölf Menschen leben. Die anderen kommen auch alle aus Afrika, aber sie sprechen Französisch, das verstehe ich fast nicht. Ich zahle im Monat 5800 Rubel Miete, außerdem müssen wir dem Vermieter zusätzlich Geld geben, weil wir keine Registrierung haben, wir sind ja nicht legal.

Ich habe versucht Arbeit zu finden: Erst in Büros und Banken, dann in Hotels, bei Wäschereien. Überall. Aber ich habe nichts gefunden. „Afrikaner wollen wir nicht", habe ich auch gehört. Was bleibt also übrig für einen Illegalen? Flyer verteilen, Autos waschen, abspülen in Hotels. Momentan bekomme ich 100 Rubel in der Stunde. Ich gehe morgens um 9 Uhr hin, arbeite acht Stunden am Tag mit zwei Stunden Pause. Wenn ich will, kann ich am Wochenende auch fünf Stunden arbeiten.

Es gibt sehr viel Rassismus hier. Bei meiner alten Arbeit zum Beispiel hat uns unsere Chefin andauernd beschimpft, nur weil wir aus Afrika kommen. Als es dann noch Streit mit den anderen Mitarbeitenden gab, wurden wir alle entlassen. Einmal hat die Polizei vor unserer Wohnung auf uns gewartet und unsere Pässe kontrolliert. Als sie sahen, dass wir keine Aufenthaltsgenehmigungen hatten, mussten wir eine Nacht bei der Polizei schlafen. Wie waren acht Menschen. Wir haben viel Geld gezahlt, dann durften wir gehen.

Oft passiert es auch, dass mich Menschen auf der Straße einfach anfassen. Meistens verstehe ich gar nicht, was die Menschen mir sagen. Es fällt mir schwer Russisch zu lernen. Ich habe auch nur einen russischen Freund. Die Winter sind schlimm, ich arbeite ja draußen. Ich hoffe, dass ich bald zurück nach Nigeria kann."

Lena Reger, Jahrgang 1993, ist Freiwillige in Moskau bei der Menschenrechtsorganisation Memorial.

Perm 36

Einst Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus, heute ein Gefängnismuseum. Was ist passiert? Eine Spurensuche von Anke Giesen

Perm 36 ist eine Gedenkstätte und liegt auf dem Areal eines ehemaligen sowjetischen Arbeitslagers. Vor anderthalb Jahren noch wurde die Stätte von einer zivilgesellschaftlichen Organisation getragen, ausgestattet mit regionalen Fördergeldern. Vor anderthalb Jahren noch wurde an diesem Ort an die Opfer des Gulags und der dort ehemals inhaftierten Dissidenten der Breschnew-Ära gedacht. Heute ist alles anders.

Wer das ehemalige Lager aufsuchte, konnte die Außenanlagen und Innenausstattung des Arbeitslagers aus verschiedenen Epochen besichtigen. Wer wollte, konnte etwas über das stalinistische GULag-System erfahren und aus Biographien dort inhaftierter und später rehabilitierter Dissidenten lesen.

Auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kehrte jedes Jahr mit Freiwilligen und Sommerlagern an diesen Ort zurück, um über die dunklen Seiten der sowjetischen Geschichte zu lernen. Doch die Teilnehmenden des letzten Museumsbesuchs im April 2015 mussten die Erfahrung machen, dass sich das Museum verändert hatte. Ein Teil der Ausstellung war nicht mehr zugänglich, stattdessen konnte man den Nachbau eines angeblichen Waschraums der 1980er Jahre besichtigen. Was war geschehen?

2014 kam es zu einem Trägerwechsel, der weltweites Aufsehen erregte. Die für ihre historische Aufklärungsarbeit russlandweit und international angesehene Gedenkstätte Perm 36 hatte seit langem nicht nur Befürworter, sondern auch entschlossene Gegner. Vor allem aus den Reihen der früheren Mitarbeitenden des Strafvollzugswesens, der Permer Kommunist_innen und neostalinistischer Organisationen gab es seit langem Forderungen nach der Schließung des nach ihrer Auffassung „die Geschichte verzerrenden Pseudomuseums".

Während den vormaligen Gouverneur die Proteste gegen das Museum wenig interessierten, wollte sein Nachfolger den Unruheherd ersticken, indem das Museum aus zivilgesellschaft-

Mahnmal für die Opfer der stalinistischen Repression in Perm (oben)
Alter Ausstellungsraum im Museum Perm 36 (rechts)

licher Verantwortung in die der Gebietsregierung überführt werden sollte. Die Museumsleitung war skeptisch, konnte aber über das Versprechen, dass eine Person des zivilgesellschaftlichen Trägers die Leitung in der verstaatlichten Einrichtung übertragen bekäme und die Organisation im Rahmen eines Kooperationsvertrages ihre Bildungsprojekte weiter auf dem Museumsgelände betreiben könne, mit ins Boot geholt werden. Das Einverständnis zum Trägerwechsel sollte sich jedoch als Falle erweisen. Tatjana Kursina, die ehemalige Geschäftsführerin des zivilgesellschaftlichen Trägers, wurde bald nach ihrer Berufung auf den neuen Direktorenposten ohne Begründung vom örtlichen Kulturminister entlassen. Die Unterzeichnung des Kooperationsvertrags mit dem ehemaligen Träger wurde immer wieder verschoben. So verloren die Gründer_innen des Museums ab Juni 2014 jeglichen Zugang zu den von ihnen in jahrelanger Arbeit instandgesetzten Gebäuden und zum Archiv des Museums.

Begleitet wurden die Vorgänge von einer schrillen, auf die Vorgänge in der Ukraine abgestimmten Verleumdungskampagne des Fernsehsenders NTW, im entsprechenden Lager hätten ukrainische NS-Kollaborateur_innen eingesessen, die in der Ausstellung des Museums angeblich als Freiheitskämpfer_innen verherrlicht würden.

Inzwischen ist der einstige Träger zur Selbstauflösung gezwungen, da er im April 2015 in das Register der so genannten „ausländischen Agenten" – eine extrem stigmatisierende Bezeichnung für Empfänger ausländischer Stiftungsgelder – aufgenommen und gerichtlich zur Rückzahlung mehrerer Millionen Rubel regionaler Fördergelder verpflichtet wurde. Die neue Museumsleitung erfüllt die sowjetkonservative Neuausrichtung der russischen Geschichtspolitik. So soll sich die künftige Ausstellung der „objektiven Darstellung" des sowjetischen Strafvollzugswesens der 1970er und 1980er Jahre widmen. Als neue Zeitzeugen dient das ehemalige Wachpersonal der Strafkolonie.

Somit ist in Russland ein weiterer Schritt zur Rehabilitierung des Sowjetregimes vollzogen und eine wichtige Stimme derer, die seine Verbrechen in der öffentlichen Erinnerung halten, zum Schweigen gebracht worden. Dieser beunruhigende Trend wird durch einen weiteren Vorgang unterstrichen: Die Moskauer Duma befürwortete im Juni diesen Jahres ein Referendum zur Wiedererrichtung des Denkmals Feliks Dserschinskis, dem Begründer des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, vor der berüchtigten „Ljubjanka", dem Dienstgebäude des Geheimdienstes bis heute und Ort unzähliger Verbrechen.

Im Hinblick auf diese Entwicklung stellt sich die Frage nach der Zukunft Russlands immer dringlicher: für seine Bürger_innen, aber auch für seine Nachbar_innen.

Anke Giesen, Jahrgang 1964, promoviert über: „Der Konfliktdiskurs über die GULAG-Gedenkstätte Perm 36 – Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur im zeitgenössischen Russland" an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Russland, ein Land, drei Meinungen

Es gibt eine große Vielfalt an Stimmungen, Perspektiven und Meinungen zur aktuellen Lage der Ost-West-Beziehungen Europas. Wir haben im Umfeld von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nachgefragt: Ruth Misselwitz, Ulrike Huhn und Irina Scherbakowa geben Einblick in ihre persönliche Perspektiven auf den Konflikt und die aktuelle Situation. Sie analysieren die Situation und die Ursachen für den verhärteten Konflikt vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biografien und Erfahrungen. Sie sprechen auch über ihre Erwartungen an die Rolle und Verantwortung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in diesem Konflikt.

Russland war mir sehr nah

Die russische Sprache und die Sowjetunion sind zu mir gekommen, ohne dass dies zunächst eine eigene Entscheidung war. Ich bin im Osten Berlins aufgewachsen, Russisch wurde im September 1989 meine erste, lange ungeliebte Fremdsprache in der Schule. Anfang der 1990er Jahre Russisch zu lernen, schien anachronistisch, da sich alle und alles nach Westen orientierte, „Westen“ wurde. In meine Entscheidung, als Freiwillige im Herbst 1998 für ein Jahr nach Moskau zu gehen, mischte sich sicher eine Portion Trotz gegen das, was ich in den frühen 1990er Jahren nicht sehr euphorisch als Übernahme eines Landes und Anpassungsdruck erlebt hatte. Vor allem überwog eine große Portion Neugier und der Wunsch wissen zu wollen, wie eine Gesellschaft funktioniert, die das Herzland des Staatssozialismus war, die die Erfahrungen eines selbstgemachten staatlichen Terrors verarbeiten musste und die nun ohne Vorbilder und einfache Übernahmemöglichkeiten eigene Institutionen aufbauen musste und konnte. Das waren Fragen, die im Kern auch darauf zielten zu erfahren, wo ich selbst eigentlich herkomme. Russland war mir trotz mancher Fremdheit sehr nah.

Aus dieser Perspektive schien mir dennoch logisch und zwangsläufig, dass Russland und die russische Gesellschaft anders, schwieriger, aber doch auch den Weg von Demokratisierung und dem Aufbau einer Zivilgesellschaft beschreiten würden. Dazu trugen natürlich auch meine Erfahrungen als Freiwillige bei, in Moskau in der offenen Altenarbeit von Memorial bzw. der Sozialstation „Sostradanie“, später die Sommerlager von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Sankt Petersburg und Perm, die Begegnung also mit beeindruckenden Menschen, die mit großer Überzeugung, Tatkraft, Ideen und Mut das neue Russland gestalteten. Natürlich war mir klar, dass diese Menschen eine kleine Gruppe von Visionären waren und sind; die vielen Einschränkungen, in der Medienlandschaft, in der NGO-Gesetzgebung, waren offenkundig.

Den Aufbruch in der großen Welle der Proteste im Winter 2011/12 habe ich als großes Glück beobachtet und fühlte mich mit meiner westlichen Schablone – erst der materielle Aufschwung und Konsolidierung als Voraussetzung für aktive politische Teilhabe – bestätigt. Dass der russländischen Bevölkerung mit dem von der russischen Führung aktiv betriebenen Krieg in der Ostukraine eine Lektion erteilt werden soll, wohin demokratische Ansprüche angeblich führen, nämlich in Bürgerkrieg, Anarchie und wirtschaftlichen Niedergang, kann ich nur als vielfache Katastrophe und Tragödie beschreiben, in erster Linie für die betroffene Bevölkerung in der Ukraine, aber eben auch für die Zivilgesellschaft in Russland. Dass wiederum Teile der deutschen Linken, aber auch manche Ostdeutsche, die an Kränkungen der 1990er Jahre laborieren, Putin als jemanden sehen, der „dem Westen“ endlich Paroli bieten würde, empfinde ich als beschämende Projektion eigener Agenden auf andere Zusammenhänge.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sehe ich hier, in dieser sehr vielfältigen und komplexen Gemengelage, nicht nur als wichtigen Mittler, der Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaften in Lernfeldern zusammenbringt. Dringend geboten scheinen mir nun trilaterale ukrainisch-russisch-deutsche Projekte. Ich sehe bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auch einen großen Erfahrungsschatz angesichts der eigenen vielgestalten Geschichte in Zeiten des Kalten Krieges und der Spaltung Europas als Organisation mit einer starken Stimme und würde mir wünschen, dass der Verein diese Erfahrungen stärker in die öffentliche Debatte einbringen würde. Damit meine ich, dass sich Friedensbemühungen und Demokratiebewegung, aber auch historische Verantwortung gegenüber allen von Deutschland besetzten Ländern – und nicht nur allein Russland als Nachfolger der Sowjetunion – nicht auseinanderdividieren lassen dürfen.

Ulrike Huhn, Jahrgang 1979, Osteuropa-Historikerin, tätig an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Friedhof zur Ehre der gefallenen Sowjetsoldaten im Zweiten Weltkrieg in Perm

Im feindlichen Gegenüber einen Menschen sehen

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bedroht den Frieden in Europa. Eine Basisbewegung, die vor zwei Jahren auf dem Maidan mutig um Demokratie und die Absetzung der Oligarchen kämpfte, geriet in den Einfluss internationaler machtpolitischer Interessen. Das Freiheitsbegehren der Ukrainer wird seitdem im Krieg der beiden Bruderländer mit Füßen getreten. Darüber hinaus zerren an der Westukraine die europäischen Mitgliedsstaaten der Nato gemeinsam mit den USA – an der Ostukraine zerrt Russland.

Der ukrainische Präsident Poroschenko gehört weiterhin der alten Oligarchenschicht an, der nicht nur Schokolade, sondern auch Waffen produziert und diese offensichtlich immer noch nach Russland liefert. Der russische Präsident Putin bricht das Völkerrecht und annektiert die Krim, nun soll er mit Wirtschaftssanktionen und durch die Verlegung von Militärgerät nach Osteuropa in die Knie gezwungen werden. Die große Mehrheit der russischen Bevölkerung jedoch steht hinter ihm und feiert ihn als Helden.

Mit dem Druck von außen wächst der Druck nach innen gegen alle kritischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Die Abkehr von Europa nach Asien ist eine Folge der zunehmenden Isolation Russlands und hinterlässt in der russischen Bevölkerung tiefe Wunden und Enttäuschungen. Die Vision von einem europäischen Haus, in dem Russland seinen festen Platz hat, geträumt von Michael Gorbatschow vor 25 Jahren, scheint zerfallen. Der vereinbarte Abbau von militärischem Kriegsgerät in den 1990er Jahren wird nicht nur von Russland, sondern auch von den USA kontinuierlich aufgelöst. Es droht eine erneute Gefahr atomarer Aufrüstung mit den dazugehörigen Risiken und Gefahren für Europa. Angesichts dieser Gefahren sollten wir uns wieder der friedenstheologischen und friedenspolitischen Konzepte erinnern, die uns damals vor 25 Jahren einen Ausweg aus der Sackgasse gewiesen haben: Das Konzept der Entfeindung (Bergpredigt) und der gemeinsamen Sicherheit (Olof Palme). Nur die Bereitschaft, in dem feindlichen Gegenüber einen Menschen zu sehen, der auch ein Recht auf Leben und Sicherheit hat, ermöglicht das Öffnen von verschlossenen Türen und den Beginn von Verhandlungen. Und das hat nichts mit Gutmenscherei oder Blauäugigkeit zu tun. Das gebietet einfach die Vernunft, um zu überleben in einer Welt, die voll von ABC-Waffen ist. Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen.

Und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat aufgrund seiner deutschen Herkunftsgeschichte den Auftrag, zwischen den beiden Völkern Russlands und der Ukraine Brücken zu bauen, damit die Waffen wieder schweigen.

Ruth Misselwitz, Jahrgang 1952, Pfarrerin in Berlin-Pankow, Gründerin des Pankower Friedenskreises, war von 2001 bis 2010 Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Kontakte verfestigen und nicht abbauen

Die gegenwärtige Situation in Russland lässt leider wenig Hoffnung auf positive Veränderung. Die wirtschaftliche Krise, die Korruption, von der Polizei und Justiz betroffen sind – all das spüren die Menschen deutlich. Der heiße Konflikt in der Ukraine scheint zwar eingefroren zu sein. Doch es wird weiter geschossen, nur nicht so brutal wie im vorigen Sommer. Aber: Dass dieser Krieg schon viele Opfer gefordert hat, auch auf der prorussischen Seite; dass russische Armeeangehörige im Donbass gefallen sind, was man in Russland mit allen Mitteln geheim halten will; dass es Hunderttausende von Flüchtlingen gibt, das ist vielen klar.

Zwei Opfer des sowjetischen Repressionssystems, hier bei einem Ausflug organisiert von der Menschenrechtsorganisation Memorial in Perm.

Trotzdem weisen die letzten Umfragen des unabhängigen Levada-Zentrums fast 90 Prozent Unterstützung für Putin auf. Und das, obwohl die Mehrheit der Befragten sich ansonsten pessimistisch zeigten, zum Beispiel in Bezug auf ihre Zukunftsperspektive. Es scheint, dass die Menschen, obwohl es ihnen schlechter geht und Existenzängste sich ausbreiten, doch die letzte Hoffnung in Putins Figur sehen. Und darin offenbart sich, was für das heutige Russland so bezeichnend ist. Viele schauen nicht nach vorne, sondern zurück in die „satten" Nulljahre, in die angebliche „Stabilität". Wie es scheint, hat man in Russland vor nichts mehr Angst als vor Umwälzungen, Reformen und Transformationen. Das ist einer der Gründe, weshalb die antiukrainische Propaganda gegen den Maidan so erfolgreich war. Aber ungeachtet der breiten Putin-Unterstützung zwingt die Logik des Machterhalts die russische Führung zum Abbau von Demokratie sowie zu weiteren Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Über 80 russische NGOs sind schon als so genannte „ausländische Agenten" in das Register des Justizministeriums eingetragen. Das bedeutet für diese nicht nur Rufmord, sondern eine Störung ihrer Arbeit durch zusätzliche Kontrollen. Das neue Gesetz aus dem Mai 2015 über „unerwünschte Organisationen" hat zum Ziel, zusätzlich die Arbeit ausländischer NGOs und Stiftungen in Russland unmöglich zu machen.

Parallel dazu wird die menschenrechtliche, die historische sowie aufklärerische Tätigkeit der NGOs erschwert. Die Bestrebungen der Macht, aus der Geschichte eine nationalpatriotische Ideologie aufzubauen, führt dazu, dass sie mehr und mehr zur Quelle von Staatspatriotismus wird. Wobei die Erinnerung an den Massenterror und Repressalien der kommunistischen Zeit aus dem öffentlichen Diskurs und aus dem Geschichtsunterricht verschwinden.

Durch aggressive Medienpropaganda werden Feindbilder konstruiert, mit Hilfe derer Russland als belagerte und von Feinden umringte Festung dargestellt wird. Das führt dazu, dass die Beziehungen zum Westen, zu den USA und zu den europäischen Ländern immer mehr abgebaut werden. Das geschieht in der Wirtschaft durch Sanktionen und in der Bildung durch den Abbau von Austauschprogrammen und Einschränkungen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich das sehr verstärkt und es ist klar, dass auch im „eingefroren" Zustand der Krieg zur ständigen Bedrohung für die Ukraine und für Europa geworden ist.

Gerade in dieser Situation wird die Aufgabe der Festigung von internationalen Beziehungen und Kontakten für den kritischen Teil der russischen Gesellschaft wichtig. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste steht in diesem Kontext eine wichtige Rolle zu. Insbesondere, weil sie ähnlich wie die Menschenrechtsorganisation Memorial International die historische Aufklärung und Erinnerung an die Menschenrechtsverletzungen im 20. Jahrhundert mit sozialen Engagement vereinigt. Das wird an den langfristigen Freiwilligendiensten und Sommerlagern deutlich.

Die heutige Situation in Russland erschwert auch diese Arbeit und es muss alles unternommen werden, um sie weiterzuführen. Gerade jetzt, wo wir in Russland tiefe soziale und politische Brüche erleben, auch zwischen den Generationen, wo die Machtstrukturen als einziges Bindemittel Nationalismus, Paternalismus und Fremdenhass anbieten, soll die Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste das Gegenteil beweisen: Offenheit, Toleranz und Sensibilität. Zugleich kann ASF in einer Vermittlerrolle zwischen den russischen und ukrainischen Zivilgesellschaften dem Misstrauen entgegentreten.

Dr. Irina Scherbakowa, Jahrgang 1949, geboren in Moskau, Historikerin, Publizistin und Übersetzerin, Mitglied des Kuratoriums von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

ASF-Sommerlager der letzten Jahre in Kommunarka in der Nähe von Moskau.

Ein Sommer in Russland

Wenn Menschen aus verschiedenen Nationen sich begegnen, zusammen arbeiten und lernen, dann ist Sommerlagerzeit. Auch in Russland organisiert Aktion Sühnezeichen Friedensdienste jedes Jahr mehrere Sommerlager.

In Russland gibt es vieles zu entdecken

„Mit dem Verstand kann man Russland nicht begreifen." Diesen Satz haben alle, die für längere Zeit nach Russland gereist sind, garantiert schon einmal gehört. Er stammt aus dem vierzeiligen Gedicht von Fjodor Tjutchevic (1866) und mündet in die stolze Schlussfolgerung: „An Russland kann man nur glauben."

Der Satz wird verwendet, wenn man an die Grenzen seiner Rationalität gekommen ist, wenn ein Missstand, obwohl offensichtlich, nicht behoben wird. Grenzen und Widersprüche sind kontinuierliche Wegbegleiter der Sommerlagerarbeit in Russland. Im vergangenen Jahr wurde der Sommerlagergruppe der Zugang zur Gedenkstätte Perm 36 trotz vorheriger Absprachen verwehrt. Aber auch die vielen negativen Stereotypen über Russland, gepaart mit der umständlichen Visumspflicht für Einreisewillige, lassen das Land oft in größere Ferne rücken als andere Länder.

Ob das Sommerlager in Sankt Petersburg überhaupt durchgeführt werden könne, die Menschen seien doch bestimmt sehr aggressiv wegen der Ukraine-Krise, fragte mich eine Teilnehmerin im vergangenen Jahr und begegnete dann vor Ort Menschen, die bedrückt und verständnislos den Meldungen der Eskalation der internationalen Krise folgten.

In den vergangenen 25 Jahren haben sich Sommerlagergruppen in Veteranenheimen engagiert, Wohnungen für im Stalinismus verfolgte Menschen renoviert, mit evangelischen, russisch-orthodoxen und jüdischen Gemeinden zusammengearbeitet, jüdische Friedhöfe gepflegt, und vieles mehr. Einmal resignierte ein Teamer, er könne keine Sommerlager in Russland mehr durchführen: Dieses Sühnezeichen, überhaupt das freiwillige Engagement für eine aktive Erinnerungsarbeit, anstelle eines Lohns einen Teilnahmebeitrag zu bezahlen, um zu arbeiten: All das sei den Leuten vor Ort so schwer zu vermitteln. Ich bin dankbar, dass er den Sommerlagern trotzdem treu geblieben ist.

Es gibt in Russland vieles zu entdecken und zu lernen und viele Orte und Menschen, denen das Engagement von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zugute kommt. Auch Sommerlager sind eben mit dem Verstand nicht immer zu begreifen.

Christine Bischatka, ASF-Koordinatorin der Internationalen Sommerlagerarbeit

Ort der Erschießung: Mahnmale zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus in Kommunarka.

Ihr Vater wurde als Geistlicher 1938 erschossen, sie selber verfolgt.

Können wir uns auf Augenhöhe begegnen?

Kaum sind wir von der hässlichen Straße am Rande Moskaus in das Waldstückchen abgebogen, empfängt uns eine andere Welt. Vögel zwitschern, sogar der Lärm des umliegenden Bezirkes und der Straße wird vom Wald verschluckt. Wir befinden uns in Kommunarka, früher Ort der grausamsten Auswüchse des Stalinismus, der Erschießungen. Heute Sitz eines russisch-orthodoxen Klosters – ein idyllischer Ort, an dem sich die Zeit leicht vergessen lässt, wie wir später von einem der Mönche hören. Der Stille und der äußeren Idylle sind schwer zu trauen, wenn man weiß, dass genau hier, je nach Schätzung 10.000 bis 30.000 Opfer des Großen Terrors 1937/38 begraben liegen.

Das Gelände ist überwuchert. Noch heute sind nicht alle Orte der Massengräber erfasst oder gar kenntlich gemacht. Ein zentrales Denkmal finden wir nicht, dafür kleinere, im Gedenken an einzelne Opfergruppen oder Einzelpersonen. Angehörige haben Fotos ihrer Verwandten an die Bäume gehängt.

Doch leider ist das wenig verwunderlich, staatliche Bemühungen um das Gedenken der Opfer des Stalinismus und der politischen Repressionen während der Sowjetunion gibt es derzeit in Russland nicht, eher vom Gegenteil könnte die Rede sein. So wurden vor kurzem Stalin-Gedenktafeln in Simferopol oder in der sibirischen Kleinstadt Ussurijsk errichtet, die einzige Gulag-Gedenkstätte Perm 36 umgewidmet und vor zwei Jahren die Stadt Wolgograd für den 9. Mai in „Stalingrad“ rückbenannt. Die Organisation Memorial, die sich für eine Aufarbeitung der stalinistischen Repressionen in Russland einsetzt, gerät immer mehr unter Druck. Immer neue Gesetze schränken die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen ein.

Können wir hier ein Sommerlager durchführen, bei dem wir uns auf Augenhöhe begegnen? Ganz gleich, wo wir herkommen? Bei dem wir gemeinsam mit zehn jungen Menschen aus Russland, Deutschland und Israel lernen, aber genauso lachen können?

Gerade jetzt scheint es uns wichtig, sich gemeinsam mit Gewaltherrschaften, wie etwa dem Stalinismus, Repressionen und Erinnerungen an stalinistische Säuberungen in Moskau auseinanderzusetzen. Zusammen die Hintergründe zur Kommunarka zu erarbeiten. Gemeinsam zu untersuchen, wie wir erinnern, wie sich Erinnerungskulturen unterscheiden können. Geschichten erfahren, uns an unbequeme Orte begeben, darüber sprechen. Untereinander, aber auch mit den Menschen vor Ort in Dialog treten: mit Kindern von Zeitzeug_innen, den Geistlichen vor Ort, mit Mitarbeitenden der Organisation Memorial. Praktisch tätig werden und der russisch-orthodoxen Gemeinde in Kommunarka bei der Sichtbarmachung der Massengräber helfen. Sie von Gestrüpp und Geäst befreien: Erinnerungsarbeit unterstützen.

Bei unserem internationalen Sommerlager Anfang August in Kommunarka möchten wir das versuchen.

Jonas Eichhorn, Jahrgang 1990, war ASF-Freiwilliger in Moskau und leitet zusammen mit der aktuellen Freiwilligen Lena Reger das Sommerlager in Kommunarka

Was wir mit Russland zu tun haben

Vier Freiwillige berichten über ihre Beziehung zu Russland. Darunter Zoia, die aus Perm kommt und in Deutschland ehemaligen ukrainischen Zwangsarbeiter_innen begegnet und Laura, die zurück gekehrt aus ihrem Freiwilligendienst Russland erklären muss.

Wie kann es sein, dass sie meine Feinde sein sollen?

Ich arbeite als Freiwillige in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Zu meinen Aufgaben gehört, dass ich ins Russische übersetze oder Briefe an die ehemaligen Häftlinge schreibe. Besonders wichtig waren in diesem Jahr die Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager. Ich betreute die russischsprachige Gruppe ehemaliger Häftlinge mit. Die Gespräche und Gedanken dieser zehn Tage haben mich stark geprägt und begleiteten mich auch noch Wochen später.

Ich kann mit Sicherheit sagen, dass ich nicht mehr dieselbe Zoia bin, die noch vor einem Jahr in Perm gelebt hat. Hier in Deutschland habe ich während meines Freiwilligendienstes viel über meine Identität nachgedacht. Im Alltag wurde ich oft als Russin wahrgenommen und mit allen möglichen Klischees konfrontiert. Wir sind alle in irgendeinem Sinne Ausländer. Gleich nachdem wir die Grenzen des Staates verlassen, der uns den Pass ausgestellt hat. Ob Russland meine Heimat ist, habe ich mich dann gefragt. Meine Heimat ist eher der Ural mit seinen Felsen und kalten Flüssen. Meine Heimat sind Menschen, die ich liebe.

Die ehemaligen Häftlinge, die ich im Mai mit betreute, stammen überwiegend aus der Ukraine. Sie sind mir nach diesen Tagen genau so nah geworden wie meine eigene Oma. Die Erinnerungen an die Tage, an die Lieder, die Gedichte und Lebensgeschichten, die sie mir gesungen und erzählt haben, berühren mich heute noch.

Wie kann es möglich sein, dass einige Menschen entscheiden, wen man hassen oder lieben soll? Wie kann es sein, dass ich für meine lieben ehemaligen Häftlinge von Neuengamme als ein Feind gelten soll? Ich kann das kaum begreifen.

Zoia Kashafutdinova, Jahrgang 1985, kommt aus Perm, hat Germanistik studiert und ist derzeit Freiwillige in der Gedenkstätte Neuengamme.

Alle wollten meine Meinung hören

Es war ein kalter Wintertag Ende Februar, ich lief durch Perm und kam an der Top-Sehenswürdigkeit der Stadt vorbei. Es ist ein Schriftzug an den Ufern des Flusses Kama mit den Worten „Das Glück liegt nicht hinter den Bergen“. Ich nickte und fügte hinzu: Aber hier sicher auch nicht. Vier Monate später brach ich meinen Dienst ab.

In diesem Winter habe ich viel diskutiert. Das Thema Ukraine elektrisierte alle, und ich musste feststellen, dass die meisten die im Fernsehen propagierte Meinung übernahmen und bis auf das Äußerste verteidigten. Die Revolution sei von Faschisten und Amerika organisiert, die Annexion der Krim richtig, schließlich war sie ja schon immer russisch gewesen. Ein Mädchen, so alt wie ich, erklärte mir, dass man daran die russische Freundlichkeit erkenne. Sie würden keine Kosten und Mühen scheuen, wenn ein in Not geratenes Land um Hilfe bittet. Genauso ermüdend empfand ich die Debatten um Homosexualität. Es sei nun mal eine Krankheit, die aber heilbar sei, so die Meinung. Wo ich auch hinging, alle Menschen wollten meine Sicht auf die Dinge hören, nur um sie anschließend als völlig falsch zu verwerfen. Ich tat mein Bestes gegenzuhalten, zum Nachdenken anzuregen, und hatte doch das Gefühl, dass dies meine Fähigkeiten übersteigt.

Jetzt, mehr als ein Jahr und viele Gedanken später, weiß ich immer noch nicht, was man gegen Homophobie und Nationalismus tun kann. Aber vielleicht habe ich in kleinem Rahmen doch etwas erreicht. Das Mädchen, das mir den Zusammenhang zwischen einer Annexion und Freundlichkeit erklärte, teilte neulich in den Sozialen Medien ein Bild mit zwei eng umschlungenen Männern mit der Unterschrift „Love is love.“

Marius Boeltzig, Jahrgang 1995, war als Freiwilliger in Perm bei Memorial. Heute studiert er Psychologie in Potsdam.

ASF-Freiwillige Zoia Kashafutdinova mit Heidburg Behling vom Freundeskreis Neuengamme und mit Anton Rudnew, Überlebender von Neuengamme

Auf welcher Seite stehst du?

Russland war schon immer ein Teil von mir, meiner Familie, meinem kulturellen Hintergrund und meiner Denkweise. Das ist nicht nur bei mir so, sondern bei vielen anderen Menschen in der Ukraine. Ob es die köstliche russische Küche, die ursprünglichen Traditionen, die wunderschöne Kunst und Literatur, die schöpferischen Menschen oder die atemberaubende Natur sind. Die russische Kultur ist der ukrainischen in vielerlei Hinsicht so ähnlich, ja verwandt.

Allerdings hat die jüngste Krise in den russisch-ukrainischen Beziehungen sehr viel verändert. In erster Linie sind es die unmittelbaren persönlichen Beziehungen, die an Argwohn, Misstrauen und Vorverurteilung leiden. Die Frage „Auf welcher Seite stehst du?“ teilt die Menschen ein: in ein ‚wir‘ und ein ‚sie‘.

Mein Freiwilligendienst hat mir soziale Phänomene wie Diskriminierung, Fremdenhass und „Hate Speech“ bewusster werden lassen. Ich habe gelernt, woher sie kommen und wohin sie führen können. Ich habe das Gefühl, dass ich durch diese Erfahrungen in der Lage bin, in der aktuellen Situation zwischen der Ukraine und Russland diese tieferen sozialen Prozesse zu erkennen, die ganz leicht beginnen, immer größer werden und schließlich den Umgang miteinander extrem erschweren.

Das mag pessimistisch klingen. Aber auf der anderen Seite habe ich in meinem Freiwilligendienst auch gelernt, dass wir selbst es sind, die mit unseren Gedanken, Meinungen und Handlungen die Realität um uns herum erschaffen. Umso glücklicher bin ich, dass ich auf beiden Seiten der Kriegsgrenze Menschen und Organisationen sehe, die sich in kleinen und auch größeren Aktionen für Frieden und Versöhnung einsetzen. Und ich finde es extrem wichtig, dass wir uns nicht immer auf die Dinge konzentrieren, die uns trennen und den bereits bestehenden tiefen Graben des Unverständnisses zwischen uns noch vertiefen. Im Vordergrund sollte das stehen, was uns miteinander verbindet und Frieden fördert.

Natalia Tkachenko, Jahrgang 1991, kommt aus der Ukraine, war Freiwillige in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, wo sie heute als Bildungsreferentin arbeitet.

Russland ist nicht nur Putin

„Wie war das, in so einem Land wie Russland zu leben?“ „Wie war das denn mit der…äh…Politik und so?“ Wie oft wurde ich das seit meinem Freiwilligendienst schon gefragt, und wie ambivalent stehe ich dem gegenüber. Einerseits passieren in Russland momentan furchtbare Dinge: NGOs werden behindert, Homosexuelle verfolgt, Menschen mit dunkler Hautfarbe rassistisch diskriminiert. Oft genug wurde ich davon Zeugin. Insbesondere während der Zeit der Olympischen Winterspiele in Sotchi oder der Anschläge in Wolgograd 2013 herrschte eine starke Polizeipräsenz in Sankt Petersburg. Die Polizist_innen warteten nur darauf, bis Männer mit dunkler Hautfarbe vorbeikamen, und nahmen diese dann mit in ihre Einsatzwagen.

Andererseits stelle ich mir die Frage, wieso das oft die erste Frage sein muss, die mir gestellt wird. Russische Freund_innen von mir werden in Gesprächen hier in Deutschland ebenfalls meist sehr schnell auf Putin gelenkt. Diese Reduzierung Russlands auf Putin und seine Politik löst in mir häufig einen Abwehrreflex aus. Meine Erfahrungen in Russland waren um einiges vielschichtiger. Ich durfte Menschen mit faszinierenden Lebensgeschichten kennen lernen, hatte interessante Gespräche, habe Freundschaften geschlossen, habe viele Menschen kennen gelernt, die nicht zufrieden mit der momentanen Situation in Russland sind und sich auch für ihre Überzeugungen einsetzen.

Klar, wenn jemand ernsthaftes Interesse an der gesellschaftlichen und politischen Situation in Russland hat, berichte ich gerne von meinen Erfahrungen. Aber wenn die Essenz der Frage das Bedürfnis ist, mir zu sagen, Russland sei nur Putin und deshalb total krass, dann fühle ich mich in die Position versetzt, Russland verteidigen zu müssen. Und das ärgert mich, wenn es mir im nächsten Moment auffällt.

Laura Harms, Jahrgang 1992, arbeitete als Freiwillige in Sankt Petersburg bei Memorial mit älteren Menschen. Heute studiert sie Philosophie in Berlin.

Barmherzigkeit – Für eine verfemte Tugend

Wie viel ist der Mensch in den letzten Hunderttausend Jahren gewachsen? Ganze 10 Zentimeter, sagen die historischen Anthropologen. Der ganze Krampf wegen 10 Zentimetern, sozusagen. Denn obgleich der Abstand vom Kopf zu den Füßen beharrlich gering bleibt, streben wir beharrlich aufwärts. Die Menschen waren schon immer sensibel für den Unterschied von oben und unten. Die Schuhe der kleinen Könige wurden dick besohlt. Die kurzen Regenten für das Hochzeitsfoto auf das verborgene Podest gestellt. Wenn Cary Grant die Sofia Loren küssen sollte, stand er auf einem Schemel. Die Sitze der Mächtigen sind immer erhöht. Und ihre Kronen haben manchen über sich hinauswachsen lassen und die Knickse so manche sich klein machen lassen.

Das Fest „Himmelfahrt“ wurde eingeführt, als die römische Reichskirche zur Staatsreligion aufstieg. Eben: aufstieg. Dann musste auch der Habenichts aus Galiläa aufsteigen. Nun thront in aller Hohen Kunst der Freund der Sperlinge zur Rechten Gottes – ob er weiß, was er mit dem Zepter anfangen soll?

Doch: Verzieht sich der Weihrauch, segeln die Brokatgewänder weg, tummeln sich die Titel davon und trollen sich die Throntroddel fort – gilt sein Wort: „Ich bin bei euch alle Tage und Nächte“, wie er es von der Stimme vom Sinai gehört hat: „Ich bin mit dir!“. Hier unten, unter uns.

Und es gilt für alle, die äußerlich mittendrin und innerlich außen vor sind. Für das Mädchen aus Gaza, das vor Angst nicht einschlafen kann. Für die alte Jüdin, die einfach nicht unter die Dusche geht. Für die Magersüchtige, die Abführtropfen hortet und den fettleibigen Arbeitslosen, der seinen Hunger nicht stillen kann. Für das Flüchtlingskind, das bei jeder Tür, die knallend zufliegt, zu weinen anfängt.

Seine frühen Freunde und Freundinnen konnten manche Worte und Bilder nicht vergessen, zum Beispiel wie er sagte: „Ich war hungrig und ihr habt…“ euer Essen mit mir geteilt. Ich war fremd und ihr seid zusammengerückt in eurer Wohnung. Ich war dement und ihr hattet eine Engelsgeduld mit mir. Ich war im Gefängnis und ihr hattet kein dick geschwollenes Herz, sondern hattet ein armes Herz, also armherzig, oder wie ihr heute sagt: barmherzig. Ihr hattet mit mir ein miserables Herz, ein miser cor, die miseracordia, ihr übtet Barmherzigkeit.

In der biblischen Tradition gilt Erbarmen als eine der wesentlichen Eigenschaften Gottes. Das höchste Gebot im Islam ist die Barmherzigkeit. Jede Sure wird eröffnet mit der Anrufung des „Allerbarmers“. Unsere Welt und ihre Menschen werden täglich verletzt durch erbarmungslose Ungerechtigkeit. Wie kann es gelingen, der biblischen Barmherzigkeit und dem höchsten Gebot des Islams wieder Geltung zu verschaffen? Wie können Menschen mitleidend einander gerecht werden? Dass ASF hier seine millimetergeduldige Arbeit ansetzt, hat mich zur Mitarbeit überzeugt.

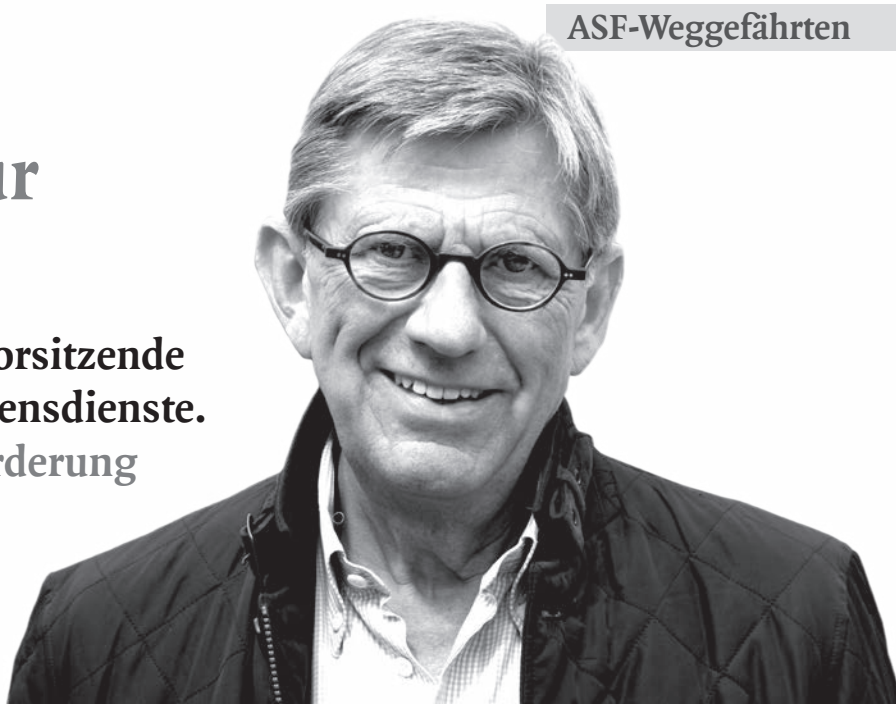
Ich glaube: Gott kann vieles. Aber kann Gott alles? Ich habe Mühe mit seiner Allmächtigkeit, denn für mich ist er ein glühender Backofen voll Liebe. Liebe ist verletzlich, Liebe ist stark, aber nicht allmächtig. Ob wir ihm nicht zur Hand gehen müssen? Damit morgen früh wieder das Paar Stützstrümpfe über die alten Männerbeine gezogen wird….

Nirgendwo lese ich von Jesus, dass er zu denen, die es vor Verzweiflung geschüttelt hat, die als Stumme ohnmächtig die Arme in die Luft warfen, die sich auf Krücken fortschleppten, die als Aussätzige mit Klappern vor sich warnten, gesagt hätte, dass sie es im Himmel einmal schöner haben würden! Er war barmherzig und hat ins Leben gezogen, wo er nur konnte! Und zu uns sagt er: „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erfahren.“

Ich danke meiner Luzerner Kollegin Jacqueline Keune für geistliche Anregungen.

Helmut Ruppel, Pfarrer und Studienleiter im Ruhestand. Er ist Teil des Redaktionteams der Predigthilfe von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die dreimal im Jahr erscheint.

Partei ergreifen für Menschenrechte



Stephan Reimers ist der neue Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Warum er sich dieser Herausforderung stellt und was ihm wichtig ist. Ein Gespräch

***zeichen:* Was hat Sie bewegt, für den ASF-Vorsitz zu kandidieren?**

Stephan Reimers: Zu einer Kandidatur für den Vorsitz von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste habe ich mich bereit erklärt, weil die Themen, die ASF bewegen, mich seit meiner Schulzeit beschäftigt haben und für meinen Lebensweg bedeutsam waren. In meiner Zeit als Leiter der Evangelischen Akademie in Hamburg beispielsweise konnte ich das christlich-jüdische Gespräch weiter entwickeln und neue Kontakte nach Israel und zu amerikanischen Jüd_innen knüpfen. 1992 wurde ich in einer Phase starker Zuwanderung nach Deutschland Landespastor der Diakonie in Hamburg. Es gelang mir, eine Reihe neuartiger Projekte gegen Armut und Obdachlosigkeit zu initiieren, zum Beispiel die Obdachlosenzeitung „Hinz und Kunzt“ oder das Hamburger Spendenparlament. Ab 1999 als Bevollmächtigter der EKD in Berlin und Brüssel waren Migration und Flüchtlingsschutz zentrale Aufgaben meines Dienstes. In enger Zusammenarbeit mit meinem katholischen Kollegen Prälat Dr. Karl Jüsten konnte das Zuwanderungsgesetz durch wichtige kirchliche Änderungsvorschläge verbessert werden. Migration und Flüchtlingsschutz beschäftigen mich auch gegenwärtig.

Welche Schwerpunkte finden Sie bei ASF spannend?

Die verschiedenen Einsatzorte der Freiwilligen auf drei Kontinenten sind eine Quelle, aus der uns ohne Unterlass basisnahe Informationen über Mentalitäten und Veränderungsprozesse in den Zivilgesellschaften zahlreicher Länder zufließen. Die Gespräche, die ich bisher mit Freiwilligen unterschiedlicher Jahrgänge führen konnte, haben mich bereichert.

Spannend ist für mich auch, ob sich in Israel zwischen meinem Bekanntenkreis und dem Freundeskreis des Beit Ben Yehuda Kontakte herstellen und Perspektiven entwickeln lassen. Das Programm Germany Close Up interessiert mich, weil ich 1986 mit einem Austauschprogramm Gast des „American Jewish Committee“ in den USA war. Damals erstaunte mich, dass Deutschland gerade von jüngeren amerikanischen Jüd_innen kritischer gesehen wurde, als ich es in Israel erlebt hatte.

Wo ist für Sie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch aktuell?

Drei Übergriffe pro Woche auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland sind ein Alarmsignal. Ich sehe Zusammenhänge zwischen der Judenfeindschaft im Nationalsozialismus und Fremdenfeindlichkeit heute. Gegen die NPD, die Vorurteile gegen Migranten schürt, haben die Bundesländer einen Verbotsantrag gestellt. Das begrüße ich. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste engagiert sich als Träger der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in dieser Auseinandersetzung. Die Aufarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus ist für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aktuell und unverzichtbar, weil die Freiwilligen in direktem Kontakt mit Überlebenden stehen und miterleben, wie die Erinnerung an die Verbrechen auch Kinder und Enkelkinder der Opfer bedrückt. Die Überlebenden und ihre Nachkommen verlangen eine angemessene Erinnerung. Diese Realität hat auch der Historiker Heinrich August Winkler in seiner Rede zum 8. Mai vor dem Bundestag unterstrichen.

Wo wollen Sie in Zukunft mit ASF Impulse setzen?

Es geht um Geistesgegenwart. Die raschen Modernisierungsschübe in einer globalisierten Welt erzeugen immer neu Abbruchkanten, an denen Menschen zu Schaden kommen. Migration ist eine Folge davon. Um für die sozialen und politischen Menschenrechte Partei zu ergreifen, bedarf es immer wieder neuer Impulse. Sie entstehen aus dem lebendigen Dialog des Vorstands und der anderen Gremien von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste oder ergeben sich aus dem Gespräch mit Freiwilligen.

Dr. Stephan Reimers, Jahrgang 1944, evangelischer Theologe, Vorsitzender von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Europas Geschichte(n) – Europas Verantwortung

Vom 24. bis 26. April fand in Potsdam-Babelsberg die ASF-Jahresversammlung unter dem Motto „Europas Geschichte(n) – Europas Verantwortung“ statt. 200 Teilnehmer_innen blickten im Gespräch mit Wissenschaftler_innen, Künstler_innen und Praktiker_innen zurück auf 70 Jahre gemeinsame europäische Geschichte. Wir tauschten uns darüber aus, dass die erinnerten Geschichten nicht einheitlich sondern vielfältig sind. Je nach Land, Region und Familie werden sie unterschiedlich erzählt – manche sind leise und bleiben im Hintergrund, andere prägen den gesellschaftlichen Diskurs. Alle sind sie Teil Europas.

Während der Jahresversammlung bekamen wir die Möglichkeit, einige dieser europäischen Geschichten zu hören: Geschichten von Migration und Flucht; Geschichten von Konflikten und Kriegen wie dem in der Ukraine, aber auch Geschichten vom Überwinden von Grenzen, Geschichten von Verantwortung und Widerstand.

Das Feuer entzünden

Es ist Samstagnachmittag in Babelsberg und ich bin irritiert – positiv irritiert. Gerade saß ich mit 40 Menschen in einem Workshop zu „Feministischen Perspektiven auf Europa“: Kübra Gümüşay – Muslima, Antirassismusaktivistin, Kopftuchträgerin, Journalistin und Bloggerin – teilt mit uns ihren kritischen Blick auf althergebrachte Machtstrukturen in Europa. Kübra berührt und inspiriert nicht nur mich mit ihrer positiven Art, mit ihrem optimistischen Blick auf die Verhältnisse in Deutschland und Europa, den ich so oft nicht teilen kann. Rassismus und Sexismus sind für sie allzu alltägliche Erfahrungen. Dennoch versucht sie, praktisch an einer europäischen Zukunft mitzuwirken und die Dinge anzugehen, mit denen sie konfrontiert ist, ohne sie verursacht zu haben. Das ist ihre Botschaft auch für uns: „Entzündet das Feuer in euch, realisiert Privilegien, empört und engagiert euch gegen Ungerechtigkeit.“

Was mich so positiv irritiert hat? Nun, wer hätte gedacht, dass beim Diskutieren über Europa für so viele Menschen eine feministische Perspektive so eine große Rolle spielt. Das bin ich aus anderen Kontexten nicht gewohnt, aber die Jahresversammlung hat es mal wieder geschafft, mich zu überraschen.

Rebecca Görmann, Jahrgang 1987, war Freiwillige in Israel und studiert heute Friedens- und Konfliktforschung.

Erschütterung und Hoffnung

Der Pfarrer Bernhard Fricke bot auf der ASF-Jahresversammlung den Workshop „Hände weg vom Kirchenasyl“ an. Thema war die Solidarität der Kirche mit den Geflüchteten und das Kirchenasyl, welches in letzter Zeit seitens des Innenministeriums in Frage gestellt wird. Bernhard Fricke betreut seit vielen Jahren Geflüchtete in Berlin. Zurzeit ist er Flüchtlingspfarrer im Kirchenkreis Potsdam und war vorher ehemaliger Vorsitzender von „Asyl in der Kirche Berlin“. Sein Workshop bot die Möglichkeit, über die Situation der Geflüchteten, die Asylpolitik und die Verantwortung der Europäischen Union ins Gespräch zu kommen. Außerdem gab der Pfarrer eine Einführung in die umstrittene Dublin-Verordnung. Diese legt fest, dass der Asylantrag in dem EU-Land gestellt werden muss, in dem der Flüchtling zuerst registriert wurde.

Viele Mitglieder und Freund_innen tauschten sich darüber aus, wie sie konkret helfen können, in ihren Gemeinden oder in ihren Nachbarschaften: Deutschkurse organisieren, bei den Behördengängen helfen, die Menschen willkommen heißen. Das Gesprächsbedürfnis war an diesem Tag im April besonders groß. Zwei Wochen vor der Jahresversammlung starben im Mittelmeer 900 Menschen bei einem Schiffsunglück. Die Erschütterung darüber war in dem vollen Workshop deutlich spürbar. Ebenso wie die Hoffnung, dass eine Änderung der Asylpolitik von unten durch die europäischen Bürger_innen möglich ist.

Aleksandra Janowska, Jahrgang 1986, war ASF-Freiwillige in Berlin und heute studiert sie Literaturwissenschaft.

Politisches Gebet zur Nacht: Gedenken, um klug zu werden. Mit dabei Matteo Schürenberg, Wolfgang Thierse, Amelie Horn und Dagmar Pruin.

Wir sind Viele

Kampagnen, Gespräche und Begegnung – Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf dem Kirchentag 2015

Mit Spaß und hoch motiviert informierten 30 ehemalige und aktuelle Freiwillige sowie Vertreter_innen aus dem Berliner Büro vom 3. bis 7. Juni 2015 die Gäste des 35. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Stuttgart über die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Die ASF-Geschäftsführerinnen Jutta Weduwen und Dagmar Pruin leiteten nicht nur etliche Veranstaltungen, sondern führten auch viele Gespräche mit Vertreter_innen aus Kirche und Politik.

Im Mittelpunkt des Auftritts stand in diesem Jahr neben den Freiwilligendiensten und Sommerlagern der Aufruf „Wir sind Viele – Für das Recht zu kommen und zu bleiben“. Die Kirchentagsbesucher wurden aufgefordert, gegen die Normalität rassistischer Hetze und Bedrohungen die Vorstellungen einer offenen Gesellschaft und eines vielfältigen Zusammenlebens zu setzen und Flüchtlinge zu schützen sowie zu unterstützen. Zahlreiche Menschen unterschrieben den Aufruf, darunter Präses Annette Kurschus, Bischof Frank Otfried July, der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD Nikolaus Schneider, der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms, der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und die Bundestagsmitglieder Katrin Göring-Eckardt, Volker Beck, Dietmar Nietan und Kurt Beck. Interessante Gespräche fanden unter anderem mit dem Ratsvorsitzenden der EKD Heinrich Bedford-Strohm, der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, dem Justizminister Heiko Maas sowie den Bundestagsmitgliedern Cem Özdemir und Peter Tauber statt. Zahlreiche Veranstaltungen zu politischen und historischen Themen prägten den Kirchentag.

Erinnern, damit wir klug werden

Der Kirchentag startete mit einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte „Wege der Erinnerung“. ASF-Vorstandsmitglied Matteo Schürenberg betonte in seinem Grußwort: „Wenn wir vor Ort und konkret in der eigenen Stadt, Kirchengemeinde, Firma oder Familie nach dem Nationalsozialismus und seinem Fortwirken fragen, kommen wir dem Alltag in dieser Zeit mit seinen verbreiteten Schuldverstrickungen und gelegentlichen Widerstandsaktionen nahe. Im eigenen Umfeld zu fragen, fällt schwer, aber gerade deshalb ist es so wichtig. Das zeigt diese langwierig und kontrovers diskutierte, letztlich aber eindrucksvoll umgesetzte Gedenkinitiative."

Politisches Gebet zur Nacht

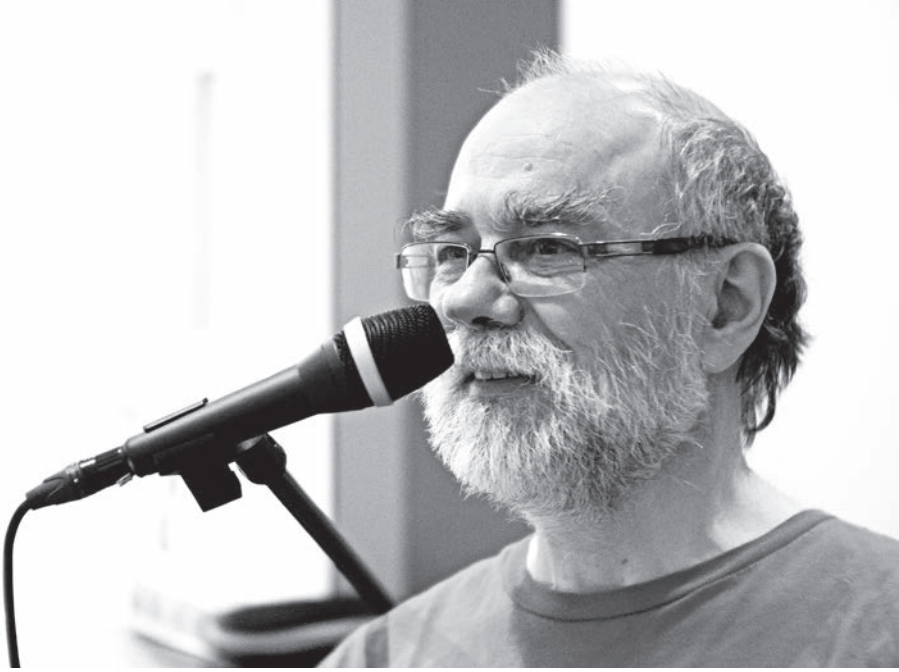
Flucht und Migration haben viele Gesichter. Die Probleme rufen die Zivilgesellschaft zu aktivem Handeln auf. Dies war Thema des politischen Nachtgebetes am Donnerstag. Die ehemaligen Freiwilligen Hans-Ulrich Probst und Amelie Horn berichteten von Begegnungen mit Geflüchteten. Auf die Probleme bei deren Unterstützung ging Wolfgang Thierse in einer politischen Reflexion ein. Dagmar Pruin stellte anhand der Erzählung über die Grablegung Rahels im Buch Genesis die theologische Bedeutung einer Flucht dar.

Friedensdienste in Israel und Palästina – ein Dialog

Im Zentrum Jugend diskutierten Freiwillige und Hauptamtliche von ASF und vom „Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel“ über die Zugänge zu Freiwilligendiensten in Israel beziehungsweise Palästina. Johanna Blender und Naomi Roth, ehemalige Freiwillige, erzählten von ihren Erfahrungen in Israel. ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen betonte die Notwendigkeit, auch mit fortschreitendem Abstand zur Schoa weiterhin in Israel mit Freiwilligenprogrammen präsent zu sein – immer mit dem differenzierten Blick auf die Komplexität der politischen Situation vor Ort, der den Freiwilligen vermittelt wird.

Jüdisch-christlicher Dialog

Auch im Bereich des jüdisch-christlichen Dialogs war ASF bei verschiedenen Veranstaltungen präsent. So gestaltete ASF-Geschäftsführerin Dagmar Pruin mit ihrer Dialogpartnerin Leah Hochman, langjährige Partnerin von Germany Close Up, eine Bibelarbeit im Zentrum Juden und Christen.



Spenden statt Geschenke

Peter Heinrich wurde vor kurzem 60 Jahre alt. Statt Geschenken wünschte er sich Spenden für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Dafür dachte er sich eine außergewöhnliche Aktion aus.

„Ich bin 1955 geboren, 2015 feiere ich also meinen 60. Geburtstag. Ich habe einige Leute, mit denen ich in den verschiedenen Phasen meines Lebens unterwegs war, zu einer Feier eingeladen. Da ich materiell alles habe, was ich brauche oder mir wünsche, kam mir die Idee, die Einladung zu der Feier mit einem Spendenaufruf für eine gute Sache zu verbinden. Da fiel die Wahl auf Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, eine Organisation, deren Arbeit ich schon sehr lange kenne und schätze. Die aktuellen Entwicklungen in punkto Fremdenfeindlichkeit haben mich zu der Entscheidung geführt, die Spenden dorthin zu lenken. Darüber hinaus rechnete ich hier mit einem breiten Konsens unter meinen Gästen.

Ich habe mit der Einladung ein Sonderkonto eingerichtet, auf das Spenden eingezahlt werden konnten. Darüber hinaus gab es einige Barspenden. Ich habe allen Gästen zugesagt, dass ich den Betrag der eingehenden Spenden aus eigenen Mitteln verdoppele, um eine gewisse „Hebelwirkung“ zu erzielen. Insgesamt kamen auf diese Weise 2400 Euro zusammen, die ich auf 4800 Euro aufgestockt habe, dies bei etwa 50 Gästen. Von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste habe ich Faltblätter und Plakate erhalten und vor allem den Kurzfilm „Die Menschen hinter der Geschichte“, in dem Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste über ihre Erfahrungen berichten. Dieser Film lief während der Feier und hat sehr beeindruckt.

Die Reaktionen waren ausnahmslos positiv. Es haben auch einige Leute gespendet, die leider zu der eigentlichen Feier gar nicht kommen konnten. Einige der Gäste haben sich auch in den Email-Verteiler von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste eingetragen, um regelmäßig Informationen zu erhalten.

Die Themen, die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in die Gesellschaft trägt, haben von ihrer politischen Bedeutung in all den Jahrzehnten des Bestehens nichts eingebüßt. Der Faschismus mit seinen Konsequenzen ist das Schlimmste, was wir als Deutsche zu verantworten haben. Jeder Tendenz, dies zu verharmlosen oder gar der Fremdenfeindlichkeit heute wieder Raum zu geben, muss entgegen getreten werden. Daher ist es wichtig, dass sich junge Leute mit unterschiedlichen gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Hintergründen kennen lernen und ihre Erfahrungen weiter geben. Hierzu leistet Aktion Sühnezeichen Friedensdienste einen herausragenden Beitrag.“

Peter Heinrich, kommt aus Hessen und ist seit Jahrzehnten Spender von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Spenden statt Geschenke

Sie möchten bei Ihrem nächsten Fest ebenfalls auf Geschenke verzichten und sich stattdessen Spenden für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wünschen? Wir helfen Ihnen gerne bei Ihrem Vorhaben und schicken Ihnen Infomaterialien und Spendenboxen zu. Bei Fragen stehen wir unter der Telefonnummer 030/28395-228 oder per Mail zur Verfügung: vienco@asf-ev.de

Weitere Informationen finden Sie auch unter www.asf-ev.de/spenden-statt-geschenke

Władysław Bartoszewski, geboren 1922

Meine erste Begegnung mit Władysław Bartoszewski war skurril. Ich stand 1998 als Stipendiatin in seinem Warschauer Büro und sortierte Bücher. Plötzlich hörte ich ein lautes „Hej“. Schritte auf dem Flur und er stürzte herein. Vor lauter Schreck bot ich an, das Zimmer zu verlassen. Aber er lachte und rief: „Bleiben Sie doch. Im Gefängnis hatte ich auch immer viele Menschen um mich.“

Und so blieb ich – für einige Jahre. Bis heute bin ich sehr dankbar für diese gemeinsame Zeit.

Anhand seines 93-jährigen Lebens kann man idealtypisch alle Gräuel, Verwerfungen und Glücksmomente der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts erleben. Geboren 1922 im freien Polen, Abitur über Lessing, 1940 verhaftet. Nur weil er eine Brille trug, wie er sagte. Nach Auschwitz deportiert, durch Intervention 1941 freigelassen.

Die schrecklichen KZ-Erfahrungen und die Verpflichtung aus dem Überleben haben sein Leben bestimmt. In der Kriegszeit setzte er sich für bedrohte Jüdinnen und Juden sowie Polinnen und Polen ein, dokumentierte das Grauen und beteiligte sich am Warschauer Aufstand. Die „Befreiung“ durch die Russen hieß für ihn wiederum sechs Jahre Gefängnis bis 1954.

Hier war er zusammen mit hohen NS-Funktionären inhaftiert. Die Gespräche mit ihnen, die er in fließendem Deutsch führte, haben ihn oft beschäftigt. Nach seiner Freilassung fand er im Umkreis der katholisch-liberalen Zeitschrift „Tygodnik Powczechny“ eine Heimat. Er arbeitete als Historiker und Journalist und setzte sich – trotz und wegen seiner Geschichte – früh für die deutsch-polnische und polnisch-israelische Annäherung ein. 1965 zeichnete Israel ihn als Gerechten unter den Völkern aus.

Mit der Ausrufung des Kriegsrechtes 1981 wurde der fast 60-Jährige wieder für einige Monate inhaftiert. Dort habe er Zeit gehabt mit dem späteren Ministerpräsidenten Mazowiecki und Außenminister Geremek politische Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Oft amüsierte ihn, wie dumm es gewesen sei, sie alle am gleichen Ort zu internieren. Im neuen Polen startete der Friedenspreisträger mit 67 Jahren eine politische Karriere als Botschafter, Senator, zweimaliger Außenminister. Bis zu seinem Tod war er Staatssekretär für den Dialog mit Deutschland und Israel.

Seine Beziehung zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste umfasste gut 50 Jahre. Da er Deutsch sprach, in Warschau lebte und gerne erzählte, bat ihn die Zeitschrift „Tygodnik“ Mitte der 1960er Jahre, sich dieser Gruppen aus der DDR anzunehmen. „Ohne sie hätte ich mein Deutschlandbild vor 40 Jahren nicht umformulieren können.“ Oft betonte er, wie sehr ihn diese jungen Freiwilligen und ihr Engagement berührt hätten, und dass er so neue Erfahrungen mit Deutschen machen konnte. Wenn es zeitlich möglich war, kam er zu Veranstaltungen, wie zum Jahrestreffen 2005 oder dem 50-jährigen Jubiläum des Vereins 2008.

Jeder, der Bartoszewski erlebt hat, konnte sich seiner Kraft, Ausstrahlung und seines Humors schwer entziehen. Schon mit zwölf Jahren schrieb er in einem Artikel, dass er Geograph werden wolle. Sollte das aber nicht klappen, Reporter, da er über keine „ganz schlechte Rhetorik verfüge“. Kein Moderator kam gegen seinen Redefluss und Wortwitz an. Vor Wahlen in Polen genügte oft ein treffender Satz, um noch ganze Wählergruppen umzustimmen. Alles machte er mit einer unglaublichen Geschwindigkeit, denken, formulieren, sich bewegen, zugleich mit viel diplomatischem Gespür, einer beispiellosen Lebensfreude und Spaß am Gestalten. Am Tag seines Todes überarbeitete er noch gut gelaunt seine Abschlussrede für die Deutsch-Polnische Regierungskommission. So traurig und völlig überraschend sein Tod ist, sein Wunsch, im Laufen zu sterben, hat sich damit erfüllt.

Ulrike Kind, 2002 bis 2011 Mitglied des Leitungskreises von ASF, hat von 1998 bis 2000 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Władysław Bartoszewski gearbeitet, ist heute in der Berliner Senatskanzlei für die Zusammenarbeit mit Ostmitteleuropa zuständig.

Versöhnung mit Osteuropa

Seit 1991 organisiert Werner Falk ASF-Studienreisen nach Sankt Petersburg und nach Belarus. Die Suche nach Versöhnung treibt ihn an. Die Teilnehmer_innen sind begeistert.

***zeichen*: Wie kamst du mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Kontakt?**
Werner Falk: Das war 1962. Der Amerikaner Paul Cates, der mit dem ASF-Mitbegründer Franz von Hammerstein zusammenarbeitete, kam in meine Studentengemeinde und berichtete über Sühnezeichen. Dort fand ich eine Gruppe von Christen, die sich streitbar in die Politik einmischten. Hier mitzutun empfand ich als Befreiung zur Tat. Ich konnte jetzt etwas gegen den Hass zwischen Ost und West tun. 1963 wurden dann Klaus Kutzner und ich als erste Freiwillige in die Sowjetunion entsandt.

Was hast du erlebt?
Frauen dort fragten uns mit großer Sorge, ob es wieder Krieg geben würde. Dies war für mich der Anlass, mich bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für die Versöhnung mit Osteuropa einzusetzen. Erst bei Sühnezeichen habe ich über die Geschichte des Nationalsozialismus gelernt, über den Überfall auf Polen, über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und über die Schoa.

Wie kam es dann zu den Studienreisen?
Belarus und Sankt Petersburg haben besonders durch den Vernichtungskrieg gelitten und in beiden Orten gab es ab 1991/92 junge Menschen, die ihren Freiwilligendienst dort leisteten. Als wir dann mit den Studienreisen begannen, hatten wir sofort persönliche Kontakte zu den Projektpartnern. Viele weitere NGOs sind seitdem hinzugekommen. Es entwickelten sich Verstehen und Vertrauen bis hin zu Freundschaften. Das ist das Besondere an unseren Reisen. Sie werden zu einer Einheit: die Geschichte, das Land heute, das Eintauchen in das normale Leben und das offene Gespräch mit verschiedensten Menschen und wundervollen Partnern.

Was können die Studienreisen bewegen?
Die Rückmeldungen zeigen mir, dass die Reisen zum Verstehen führen und die Teilnehmer_innen positiv verändern. Besonders die Menschen in Belarus werden unterstützt und nach Deutschland eingeladen sowie Projekte in Belarus gefördert. Die Begegnungen mit den Freiwilligen vor Ort sind Höhepunkte der Reisen, denn durch sie wird die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste konkret. Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist es wichtig, Freunde zu besuchen, ihnen zuzuhören und sie nicht allein zu lassen.

Eine eindrückliche Erfahrung – die Stimme einer Teilnehmerin

„Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste von Herzen danken, dass sie mir die Möglichkeit gegeben haben, nach Sankt Petersburg zu fahren. Die Reise war sehr liebevoll und perfekt durch Werner Falk geplant und organisiert. Er gab ihr sozusagen ‚Seele‘, zusammen mit der Dolmetscherin Katja Jadtschenka. Die Begegnungen mit den Vertretern der verschiedenen NGOs machten es so einmalig und wertvoll. Die langjährigen, vertrauensvollen Kontakte zwischen diesen NGOs und Werner Falk ermöglichten uns einen Einblick in die Zielsetzungen, Arbeitsweisen und in die zurzeit extrem schwierige, bedrohliche Lage dieser Organisationen. Ich habe den Eindruck bekommen, dass Besuche von ASF-Gruppen dort als ein Zeichen der emotionalen Unterstützung erlebt werden und ihnen zeigen können, dass sie nicht vergessen sind.“

Cäcilia Löffler-Elsener, Teilnehmerin der Studienreise nach Sankt Petersburg 2015

Studienreise Sankt Petersburg
Von Sa, 9. April bis Sa, 16. April 2016
Kosten: 1.090 Euro, Anmeldung erbeten bis zum 15. Dezember 2015, Email: falk@asf-ev.de

Studienreise Belarus (Minsk & Gomel)
Von Di, 31. Mai bis So, 12. Juni 2016
Kosten: 1.030 Euro, Anmeldung erbeten bis zum 15. Februar 2016, Email: falk@asf-ev.de

Termine

6. September 2015, 15 Uhr
Europäischer Tag der jüdischen Kultur – Stadtführung „Spuren jüdischen Lebens in Tübingen“, organisiert durch die Geschichtswerkstatt Tübingen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Förderverein für jüdische Kultur Tübingen
Ort: Synagogenplatz, Gartenstraße 33, Tübingen

16. September 2015, 18 Uhr
Podiumsdiskussion über Freiwilligendienste mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Ort: Volkshochschule Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21 Großer Saal

1. November 2015
Bewerbungsschluss für den Freiwilligendienst mit ASF, der am 1. September 2016 beginnt,
www.asf-ev.de/freiwilligendienste

9. November 2015, 18 Uhr
Zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht von 1938, Gottesdienst mit Beteiligung der Tübinger ASF-Regionalgruppe.
Ort: Stiftskirche, Holzmarkt 1, Tübingen;
Informationen: ASF-Freundeskreis Tübingen

9. November 2015, 18 Uhr
Gedenkstunde zur Pogromnacht mit Beteiligung der ASF-Regionalgruppe Hannover und Südniedersachsen
Ort: Mahnmal am Platz der Synagoge, Göttingen

9. November 2015, 18.30 Uhr
Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht, organisiert durch den Arbeitskreis „Gedenkweg 9. November“, mit Beteiligung ehemaliger ASF-Freiwilliger
Ort: Burgdorf (Region Hannover);
E-Mail: Jurohde@gmx.de

9. November 2015, 19 Uhr
Gedenkgottesdienst zur Pogromnacht mit Beteiligung der AG Theologie von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Ort: Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, Berlin

21. November 2015, 19:30 Uhr
Freundeskreistreffen Frankfurt am Main zum Thema „ASF in Russland und in der Ukraine“
Ort: Luthergemeinde; Informationen: ASF-Freundeskreis Frankfurt am Main

Trauer und Hoffnung

Freiwillige aus Deutschland und der Ukraine engagieren sich gemeinsam in Polen. Dieses „trilaterale Programm“ von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ermöglicht lebendige Ost-West-Begegnungen. Mit dem Krieg im Osten der Ukraine kommen neue Herausforderungen und schmerzhafte Erfahrungen in diesen Austausch.

Als ASF-Freiwilligenreferent besuchte ich vor kurzem Polen und unsere Projektpartner. Dabei traf ich auch auf ukrainische Freiwillige. Die Gespräche mit ihnen haben mich bewegt. Viele von ihnen kommen aus der Ostukraine. Ihre Familien sind auf der Flucht, in Notunterkünften oder bei Verwandten im Westen des Landes untergetaucht. Ihre Städte und Dörfer sind zerstört. Ihre Zukunft ist ungewiss. Der ferne Krieg kam mir plötzlich sehr nah. Das erfahren auch unsere Freiwilligen aus Deutschland und Polen in ihren Begegnungen mit den jungen Ukrainer_innen. Ihre Hoffnungen ähneln sich, ihre Zukunftsperspektiven jedoch unterscheiden sich gravierend.

Verschieden sind auch die Perspektiven auf den Krieg und speziell auf diesen Krieg. Das wurde mir in einer Diskussion deutlich. In der Ukraine kann man nicht den Kriegsdienst verweigern. Ich fühlte mich sehr „deutsch“, sehr theoretisch, sehr weit weg von der Realität in der Ukraine. Ich verstehe den Wunsch der jungen Ukrainer_innen, ihr Heimatland zu schützen. Und doch kann ich kaum nachvollziehen, dass sie bereit sind, ihr Leben in diesem Krieg zu riskieren. Und es zuverlieren!

Wir trauern mit ihren Familien und Freunden um unsere ehemaligen Freiwilligen Yurij Matuschak und Vjacheslav Makarenko, beide Jahrgang 1987. Bereits Ende August 2014 verlor sich Yurkos Spur bei Illovajsk im Osten der Ukraine. Mittlerweile wurde bestätigt, dass die beiden bei Illovajsk gefallen sind. 2011-2012 leistete Yurko seinen Friedensdienst beim Teatr NN in Lublin, Slavik war Freiwilliger in der Gedenkstätte Stutthof und beim Maximilian Kolbe Werk in Danzig.

Dieser Krieg ist real. Und doch, es gibt noch anderes: Ich spürte bei unseren Freiwilligen viel Hoffnung auf Veränderung in ihrem Land - und große Bereitschaft, diese Veränderungen mitzugestalten. Immer mehr Ukrainer_innen, jung und alt, engagieren sich sozial und politischfür die Zukunft ihres Landes.

Успіхів Вам!

Thomas Heldt, Referent für Freiwilligenarbeit in Polen.

Ich möchte Gutes tun!

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste meine Stimme geben und Mitglied werden.
(Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN/Kontonummer: .....

BIC/Bankleitzahl: .....

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber_in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Auguststraße 80, 10117 Berlin.
Oder faxen an: (030) 28395-135

✂ .....

Predigthilfe zur Ökumenischen Friedensdekade

„Grenzerfahrungen“ lautet das Motto der diesjährigen Friedensdekade. Es sind die Fragen nach Flucht und Verantwortung, nach Unterlassen und Handeln, nach Schweigen und verantwortlichem Reden in Vergangenheit und Gegenwart, die wir in diesem Heft stellen.

Drei Mal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Zum internationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgievorschläge, Predigtentwürfe, umfangreiche Materialhinweise und Rezensionen. Das Redaktionsteam bietet mit den circa 80-seitigen Predigthilfen wertvolle Anregungen für die gemeindliche Arbeit und die Gottesdienste.

Bestellen

Die Predigthilfe können Sie kostenlos bestellen über unser Online-Bestellformular unter www.asf-ev.de/predigthilfen oder telefonisch unter (030) 28395-184.

Wie bekomme ich das *zeichen*?

Mitglieder, Projektpartner, Multiplikator_innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter_innen und Ehrenamtliche erhalten das Zeichen als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser_innen zu werben .... Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das Zeichen ab einer Spende von 10 Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ASF e.V.

IBAN

DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33BER

SPENDEN-ORGANISATION

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

Zi15B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg / Quittung für den/die AuftraggeberIn

IBAN KontoinhaberIn

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80 / 10117 Berlin

Bank für Sozialwirtschaft Berlin /
IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00 /
BIC BFSWDE33BER

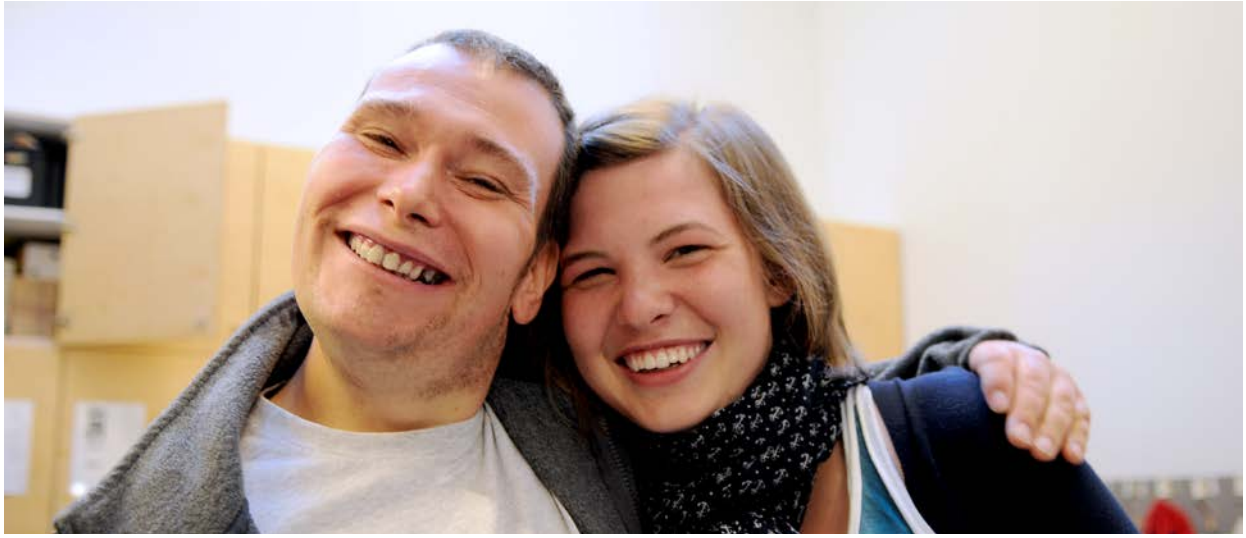
Wir sind wegen Förderung gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 20. Nov. 2014 für die Jahre 2011 bis 2013 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit. Es wird bestätigt, dass der Betrag nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Zuwendungsbestätigung

Bis 200 Euro gilt dieser Beleg mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Bei Beträgen über 200 Euro schickt Ihnen ASF am Beginn des Folgejahres automatisch eine Zuwendungsbestätigung zu.

Name AuftraggeberIn / Quittungsstempel



Auf in die Welt!

Für 12 Monate: Geschichte(n) erleben – Verantwortung übernehmen

Du möchtest dich sozial oder politisch engagieren? Und im Ausland Erfahrungen sammeln und dich für Versöhnung und Verständigung einsetzen? Dann bist du beim Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste genau richtig. ASF bietet 180 Projekte für 12 Monate in 13 Ländern und vor allem eine kompetente Vorbereitung und professionelle Begleitung vor Ort.

Bewirb dich jetzt für den Freiwilligendienst 2016/2017

www.asf-ev.de/freiwilligendienst

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de

www.facebook.com/asf.de